

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 3-2010



THEMA KRISE UND SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU

ÖL WAR GESTERN

MIT BEITRÄGEN VON ELMAR ALTVATER, EVELIN WITTICH, MONA BRICKE, MARIO CANDEIAS, PHILIP BEDALL, RAINER RILLING U.A.

RÜCKBLICK FOREN ZU FRIEDEN, UTOPIE UND SOZIALISMUS

ANALYSE DIE LEHREN AUS DER EUROKRISE

STUDIENWERK TAGUNG ZUR INTEGRATIONSPOLITIK

INTERNATIONALES LINKSSEIN IM MODERNEN CHINA



Sozialforum in Istanbul – mehr auf Seite 12. Foto: Anne Steckner

EDITORIAL 3

RÜCKBLICK

Krise und Sozialismus – Gesellschaftspolitisches Forum in Berlin	4
Wiesbadener Tagung zur Friedenspolitik	5
Utopiekongress in Erfurt	5
Herrschaft im digitalen Zeitalter – Konferenz in Berlin	6
Podium zur Fußball-Fankultur auf dem Fest der Linken	6
Zwei Auftritte von Angela Davis in Magdeburg	7

AUSBLICK

Veranstaltungsreihe «Handlungsfeld Europa»	8
Gesellschaftspolitisches Forum zur Wirtschaftsdemokratie	9
Bildungsangebote gegen Rassismus und Antisemitismus	9

ANALYSE

Finanzverfassung muss her – Lehren aus der Eurokrise	10
Schluss mit Familientreffen – Sozialforum in Istanbul	12

THEMA ÖL WAR GESTERN

Elmar Altvater zu den Chancen postindustriellen Wachstums	13
Evelin Wittich über linke Technologiepolitik	15
Lutz Brangsch stellt Konzept «Sozialökologischer Umbau» vor	16
Steffen Kühne argumentiert gegen die CO ₂ -Einlagerung	18
Philip Bedall/Mona Bricke zur Bündnisfrage	19
Mario Candeias über bedürfnisorientiertes Wirtschaften	20
Rainer Rilling verabschiedet das Automobil	22

STUDIENWERK

Studienreise der StipendiatInnen nach Brüssel	23
Kölner Tagung zu Einwanderung und Integrationspolitik	24
«Gegen Rassismus»: Gespräch mit Cano Turan	25

INTERNATIONALES

Macht der Harmonie – Über Linkssein in China	26
«Bildung an der Basis»: Gespräch mit Wilfried Telkämper	27
Konferenz zur Entwicklung der Andenländer in Quito	28
Krisenfolgen in den Ländern Afrikas – Tagung in Dakar	28

STIFTUNG

Jugendbildungsnetzwerk förderte 176 PartnerInnen	29
--	----

LESENSWERT

Neuerscheinungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	30
--	----



Heinz Vietze

Florian Weis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

wir haben uns daran fast schon gewöhnt: Abermillionen Liter Rohöl sind seit April aus dem Bohrloch unter der zerstörten Förderplattform «Deep Water Horizon» in den Golf von Mexiko geströmt. Das Meer und seine Strände sind verschmutzt, tausende Vögel verendet, Fischfangreviere dem Untergang geweiht, die Spätfolgen unabsehbar.

Von einer «Ölpest» ist landauf, landab die Rede. Als handle es sich bei dem Rohstoff um einen Virus, vor dessen Befall sich die Menschheit nicht schützen könne. So viel ist richtig: Das Geschehen vor der US-Küste ist eine Katastrophe. Aber sie ist gemacht, ist eine Folge der vorherrschenden Wirtschafts- und Lebensweise. Der ständig wachsende Energiehunger der kapitalistischen Produktions- und Konsumweise zwingt zur Ausbeutung von Ölvorkommen auch auf so unsicherem Terrain wie der Tiefsee. Das gilt mittlerweile nicht mehr nur für westliche Industrieländer, sondern auch für aufstrebende Mächte wie Brasilien. Technisch-logistische sowie finanzielle Vorkehrungen für einen Unfall werden von den Profiteuren nicht oder nur unzureichend getroffen, wie das monatelange Herumdoktern am Bohrloch im Golf von Mexiko beweist. Es offenbart zugleich den Zug ins Irrationale des ökonomischen Systems: Lässt der Ölmulti BP bei seinem Geschäft mit dem vermeintlichen «schwarzen Gold» doch rund 100 Millionen Dollar täglich als Verlust liegen, blättert obendrein mehrere Milliarden Dollar als Schadenersatz hin – und bleibt dennoch an den Finanzmärkten kreditwürdig.

Öldesaster, Klimawandel, Finanzkrise – die Phänomene sind teilweise miteinander verbunden. Deshalb spricht die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit Ausbruch der Finanzkrise die Vorwobenheit verschiedener Krisen an, die sich überlagern und verstärken. Was die Krisen zudem eint, sind die ähnlichen Reaktionsmuster der herrschenden Eliten: Das Eingeständnis eines großen, ja sogar systembedrohenden Problems, Geschäftigkeit bei der Suche nach Krisenlösungen – und am Ende geht im Grunde alles so weiter wie gehabt. Es fehlt an vielem: An dem Willen zu konsequenten Veränderungen, an der Kraft, diese gegen Interessengruppen durchzusetzen, an der Phantasie, in Alternativen und Optionen zu denken. Siehe insbeson-

dere Kopenhagen zum Klima, siehe die G20 bei der Bankenregulierung. Für die Zukunft der menschlichen Zivilisation bedarf es jedoch eines Denkens in radikalen Kategorien. Es muss um das Ganze von Produktion und Konsum, Arbeiten und Leben gehen. Um einen Entwurf für den Einklang: von Mensch und Mensch sowie Mensch und Natur, von sozialer wie ökologischer Gerechtigkeit. Dabei wird es auch unter Linken Differenzen geben, handelt es sich doch um komplexe Herausforderungen und Widersprüche, die auch uns betreffen.

Das Thema dieser «RosaLux» spiegelt zwei Arbeitsschwerpunkte wider: Die Analyse der Krisen und die Suche nach Alternativen einerseits, Fragen des sozialökologischen Umbaus und der Nachhaltigkeit andererseits. Zwei große Symposien wird es dazu im Herbst geben – die energiepolitische Konferenz «Power to the People – Neue Energie für linke Alternativen» Ende September in Berlin sowie die Konferenz «Auto.Mobil.Krise» Ende Oktober in Stuttgart. Wichtige Aspekte werden in diesem Heft angeschnitten: Die Debatte um wirtschaftliches Wachstum und das Etablieren eines post-fossilen Energiesystems sowie einer bedürfnisorientierten Wirtschaft, die Suche nach den nötigen technischen Voraussetzungen für nachhaltige Entwicklung sowie die Bündnisfrage (ab Seite 13).

Die Programmdebatte der LINKEN hat auf die Diskussionen um einen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft ebenfalls Einfluss. Vier «Gesellschaftspolitische Foren» der Rosa-Luxemburg-Stiftung befassten sich im Frühjahr und frühen Sommer mit sozialistischen Utopien und Transformationsansätzen sowie der Antikriegspolitik (Seiten 4 und 5). Berührungspunkte zum Heftthema weist auch die Analyse auf. Sie beschäftigt sich mit der Einhegung des börsengetriebenen Finanzregimes und der Zukunft der Krisenproteste (ab Seite 10).

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine aufschlussreiche Lektüre und viele Erkenntnisse.

HEINZ VIETZE IST VORSTANDSVORSITZENDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Der Ökonom Joachim Bischoff (Bild rechts) sprach in Berlin über sozialistische Alternativen. Foto: RLS/Erwin Heil

RICHARD DETJE/KLAUS STEINITZ

KRISE UND SOZIALISMUS

GESELLSCHAFTSPOLITISCHES FORUM IN BERLIN ZU TRANSFORMATIONSPERSPEKTIVEN

Die Systemkrise des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus und deren Überwindung standen Ende Juni im Mittelpunkt einer hochkarätig besetzten Tagung in Berlin. Mehr als 200 TeilnehmerInnen debattierten zwei Tage lang im Tagungszentrum am Franz-Mehring-Platz.

Das Symposium gehörte zu den «Gesellschaftspolitischen Foren», mit denen die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Programmdebatte der LINKEN begleitet. Zu den Referentinnen und Referenten zählten linke Politiker, die in der Europäischen Union, auf der Bundesebene und in den Ländern in gehobenen Funktionen tätig sind, wie etwa Gesine Löttsch, Lothar Bisky, Klaus Lederer und Kerstin Kaiser. Zudem sprachen Wissenschaftler, die seit langem in den praktischen und theoretischen Auseinandersetzungen um linke Politik und Programmdebatten beteiligt sind – Elmar Altvater, Frank Deppe, Rudolf Hickel, Joachim Bischoff, Michael Krätke, Heinz J. Bontrup, Thomas Sablowski, Wolfgang Krumbein, Dieter Klein und Michael Brie. Auch aktive Gewerkschafter und Vertreter sozialer Bewegungen wie Horst Schmitthenner von der IG Metall und Peter Wahl von Attac nahmen teil. Die Veranstalter konnten zudem mehrere Gäste aus dem Ausland begrüßen – etwa den Leiter des Brecht-Zentrums in Uruguay, Ernesto Kroch, sowie Heinz Dieterich aus Mexiko und Dag Seierstad aus Norwegen

Die Konferenzbeteiligten hatten ein breites und vor allem inhaltlich sehr anspruchsvolles Programm zu bewältigen. An beiden Tagen gab es jeweils über zehn Stunden lang Referate und Diskussionen, unter-

brochen nur von wenigen Pausen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen in sechs Plenartagungen sowie zur abschließenden Podiumsdiskussion zusammen, daneben wurden sechs Arbeitsgruppen gebildet. Das Themenspektrum reichte von der Umgestaltung von Eigentumsverhältnissen im Bankensektor und der öffentlichen Daseinsvorsorge über Wege einer neuen nationalen und transnationalen Regulierung bis zu den Herausforderungen der Umwelt- und Klimakrise für eine ökosoziale Produktions- und Lebensweise. Auch über strategische Schlüsselprojekte und globale Konfigurationen etwa in Lateinamerika und China für sozialistische Transformationsperspektiven wurde gesprochen. Trotz unterschiedlicher Auffassungen in mehreren Fragen war die Diskussion stets sehr sachlich und kulturvoll, was unter Linken leider nicht immer selbstverständlich ist. Die Tagung, die gemeinsam von Rosa-Luxemburg-Stiftung, «Helle Panke» – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin und Wissenstransfer organisiert wurde, dürfte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu weiterführenden Überlegungen angeregt haben. Mit ihr ist es zudem gelungen, sich in die Programmdebatte der LINKEN einzumischen und auf sie Einfluss zu nehmen, sie durch Vorschläge zu bereichern. Videomitschnitte der Eröffnungsvorträge von Gesine Löttsch und Joachim Bischoff sowie weitere Informationen zu der Konferenz finden sich online unter www.rosalux.de/shorturl/sozialismus.

**RICHARD DETJE IST GESCHÄFTSFÜHRER VON WISSENSTRANSFER.
KLAUS STEINITZ IST VORSTANDSVORSITZENDER DER «HELLEN PANKE» –
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG BERLIN**

SALVADOR OBERHAUS

KONTROVERSE UMS MILITÄR

EX-MINISTERIN ERNTET VIEL WIDERSPRUCH BEI KONFERENZ IN WIESBADEN

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik seit 1990 war Gegenstand eines Gesellschaftspolitischen Forums in Wiesbaden. Im Plenarsaal des Hessischen Landtages diskutierten Mitte Juni rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über Motive, Methoden und Auswirkungen der neuen Sicherheitsstrategie sowie über die Herausforderungen an eine linke Friedenspolitik.

AktivistInnen aus Friedensinitiativen und PolitikerInnen von drei Bundestagsparteien erörterten die Sicherheitspolitik, die mit einer Militarisierung nach außen und der Zivilgesellschaft einhergeht. Bei der Analyse herrschte weitgehend Übereinstimmung. Das Konzept der «vernetzten Sicherheit» beziehe zivile Politikbereiche und zivilgesellschaftliche Akteure, etwa der Krisen- und Entwicklungshilfe, in die Militärstrategie ein. Deutschland habe seine «weltpolitische Zurückhaltung» nach und nach aufgegeben und verstehe es, seine Interessen in Bündnissen zu verfolgen und militärisch durchzusetzen, hob etwa Werner Ruf hervor. Ein Workshop befasste sich mit der Frage der fortschreitenden Militarisierung von EU und NATO und deren Verhältnis zur UNO sowie der Bedeutung Deutschlands dabei. In einem weiteren Workshop ging es um Funktionsweisen und Implikationen der «vernetzten Sicherheit» bei der so genannten Zivilmilitärischen Zusammenarbeit. Zudem wurden Fragen vertieft, inwiefern Kapitalismus, Globalisierung und Krieg in einem direkten Zusammenhang stehen und welchen Anforderungen eine friedens-

politisch ausgerichtete Abrüstungspolitik genügen muss. Der Abend des zweiten Tages war von einer heftigen Kontroverse geprägt. Die Ex-Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) forderte in einem Streitgespräch mit den Bundestagsabgeordneten Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE) und Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis90/Die Grünen), dass DIE LINKE ihre Fundamentalopposition gegen Bundeswehreinräufe mit UN-Mandat aufgeben solle. Wenn es das Völkerrecht militärisch zu verteidigen gelte, solle sie Militäreinsätze akzeptieren. Die Forderung provozierte vehementen Widerspruch aus dem Publikum. Eine deutliche Mehrheit der Konferenzteilnehmer sprach sich dafür aus, dass DIE LINKE ihre konsequente Friedenspolitik fortsetzen müsse, anderenfalls drohe sie gesellschaftliche Akzeptanz und Zuspruch zu verlieren. Das neue Parteiprogramm müsse an einigen Stellen ein schärferes friedenspolitisches Profil erhalten, lautete der Tenor. Neben der Forderung nach Abschaffung der NATO könnten dazu eine Stärkung der UNO, eine Beendigung der Zivilmilitärischen Zusammenarbeit, die Herstellung einer strukturellen Nichtangriffsfähigkeit der Bundeswehr sowie ein Abzug der Atomwaffen aus der Bundesrepublik gehören. Unter www.rosalux.de/shorturl/deutsche-sicherheitspolitik ist die Konferenz online dokumentiert.

SALVADOR OBERHAUS LEITET DAS REGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN MAINZ

ANNETTE SCHLEMM

GUERRILLA-GARTEN FÜR ERFURT

KONGRESS UNTERSUCHTE UTOPIEBEGRIFFE UND DAS RECHT AUF DIE STADT

Um Ideen für eine bessere Gesellschaft ging es Ende Mai auf der Erfurter Konferenz «Utopia Now». Das Gesellschaftspolitische Forum lief an mehreren Orten in der Stadt wie dem Treffpunkt der «Offenen Arbeit» und dem Kunsthau.

Christoph Spehr stellte zur Eröffnung mehrere Sozialismuskonzepte vor, wobei er sie entlang von Dimensionen wie Kampf gegen ökonomische Ausbeutung, Entfremdung und Ausschließung gruppierte. Dadurch wurden Spannungen und Gegensätze deutlich. Die Analyse gab zugleich Hinweise darauf, wie alternative Entwürfe etwa für Gleichheit oder den Zugang zu Entwicklungsressourcen gestaltet werden müssen. Guillaume Paoli – bekannt durch seine Initiative der «Glücklichen Arbeitslosen» – sprach über Kunst und Utopie. «Statische, widerspruchsfreie Utopien sind so langweilig, dass sie nicht mehr lebenswert sind», sagte er. Für Silvia Mazzini von der Ernst-Bloch-Assoziation existierten Utopien stets im Spannungsfeld von Freiheit und Ordnung, von Vernunft und Phantasie, von Technik und Traum. Auskunft aus der Zukunft könnten wir bekommen, wenn wir das Mögliche erkunden und daraus einen Entwurf für das Zukünftige entwickeln. Dabei gelte Blochs Hinweis: «Utopie ist nicht ein Mythos, sondern ein Kampfbegriff.» Kritisch Stellung zur Programmdebatte der LINKEN nahm die sächsische Landtagsabgeord-

nete Julia Bonk in ihrem Beitrag zum Thema «Luxus für alle». Ein bedingungsloses Grundeinkommen sei möglich, sagte sie. Aus dieser Möglichkeit begründe sich der politische Entwurf, für den sie sich einsetze. Noch weiter ging Christian Siefkes beim Thema «Peer-Ökonomie». Es gehe um die Frage, wie die gesellschaftlichen Reichtümer auf nichtkapitalistische Weise hergestellt werden und Menschen in einer emanzipativen Perspektive ihr Lebensumfeld selbst gestalten könnten. Groß geschrieben wurde auf der Konferenz das Thema «Stadt». Es gab eine Zukunftswerkstatt, in der die Teilnehmenden ihre Kritik am Stadtleben äußerten sowie Visionen ihrer Traumstadt und Projektansätze entwickelten. Kritisch zur Sprache kam die Erfurter Praxis der Zurückdrängung von «Problempersonen». Das Recht auf Selbstgestaltung griff der Beitrag «Urban Gardening» auf. Die dabei gepflanzten Blumen sollen bald Erfurt zieren – versehen mit dem Spruch: «Gieß mich, ich bin ein Guerilla-Garten.» Auf dem Abschlusspodium ging es um Stadtentwicklungskonzepte, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren – ein Anspruch, so formulierte es ein Teilnehmer, der ohne die Infragestellung des Kapitalismus aber kaum zu verwirklichen sein werde.

ANNETTE SCHLEMM GEHÖRT DEM VORSTAND DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG THÜRINGEN AN

KONSTANZE KRIESE

TANZ UMS DIGITALE

KAPITALISTISCHE HERRSCHAFT IM PC-ZEITALTER WAR THEMA EINER TAGUNG IN BERLIN

Mit Ausbeutung und Herrschaft im «digitalisierten» Kapitalismus beschäftigte sich die Konferenz «Kapitalismus Dot Com» am 29. Mai in Berlin. Auch linke Interventionschancen wurden geprüft.

In die Lebensgeschichte einer Büchse Bohnen aus Kenia, die im Londoner Supermarkt gekauft wurde, sind logistische Meisterwerke und soziale Verwerfungen eingraviert. Ursula Huws' Keynote war ein Ritt durch die internationale Arbeitsteilung von heute. Große Unternehmen bespielen einen modularen Baukasten aus Auslagerung, Leih- und Heimarbeit. Dies bewirke die Erosion der beruflichen und Klassenidentitäten und den Machtverlust der Gewerkschaften. IT-Ingenieure mit ihren interkulturellen Kompetenzen gehören längst zur industriellen Reservearmee oder stehen in massiven Konflikten mit dem Management.

Auch das Panel «Konflikte um Arbeit und Eigentum» belegte, weshalb die Wissensarbeiterinnen und -arbeiter so wenig Widerstand leisten. Andrea Baukowitz interpretierte den Fordismus als spezifischen Informationsmodus. Ihr gelang eine kleine Geschichte der Produktionssteuerung der Großen Industrie: von den Stücklisten des 19. Jahrhunderts über die doppelte Buchführung bis zum Computer. Mit den technologischen Quantensprüngen ist die Vertreibung der modernen Produktivkräfte auch aus dem industriellen Paradies und ihre Ankunft in der Dienstleistungsgesellschaft verbunden. Nadine Müller entschlüsselte neue Herrschaftsformen und setzte auf eine widerständige Perspektive der kooperierenden Individualität. Damit war sie nicht weit von den Einsprüchen des Informatikers Stefan Meretz, der die Sprengkraft der «commons based peer production» beschwor. Zwischen Markt und Staat werde hierarchiefreies und bedürfnisorientiertes Produzieren erprobt und kein neues Privateigentum generiert, weil Wissen nicht

mehr künstlich verknappt werde. Beispiel: Wikipedia und Open-source-Entwicklungen. Im Panel «Regieren und regiert werden 2.0» lud Christoph Engemann auf eine Reise von der «Gouvernementalität» in die «Gouvernementalität» ein. Boris Traue zeichnete den Weg von der Biomacht zur Psychomacht. Der Nationalstaat mit seinen Papierakten sei längst nicht verschwunden, doch mit den neuen Möglichkeiten seien Pfade in einen präventiven Überwachungs- und Sicherheitsstaat geebnet, wie Albrecht Mauer darstellte. Wir befänden uns mitten im Test einer digital vermittelten Staatsbürgerschaft.

Ein Fazit: Der Gesundheits-, Sozial- oder Sicherheitsbereich setzt heute auf eine informationelle Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die elektronische Gesundheitskarte, der digitale Abgleich von persönlichen Daten zwischen Behörden, die elektronische Identität im biometrischen Ausweis sind keine Science Fiction. Ihre Veränderungen verlangen mehr Analyse der digitalen Spuren, die durch eine Gesellschaft verlaufen, die Freiheit und Selbstbestimmung denken ließ. Das lebendige Abschlusspanel «Linke Intervention und Digitalisierung» mit Norbert Schepers, Susanne Lang, Konstanz Kurz und Tobias Schulze rief politische Forderungen wie Netzneutralität, Datenschutz sowie ein Urheberrecht auf, das auch die Interessen der Nutzerinnen und Nutzer einschließt. Linke Sozialpolitik brauche mehr Sachkunde, wenn es etwa um Elena oder die Gesundheitskarte gehe. Interventionen müssten wieder raus aus dem Parlament und aus den Spezialistenzirkeln. Abends wurden die KonferenzteilnehmerInnen zum Tanzen entlassen – getreu einer Eingangsthese von Ursula Huws, wonach unsere physischen Bedürfnisse auch die digitalen Welten bestimmen.

KONSTANZE KRIESE IST KULTURWISSENSCHAFTLERIN UND EXPERTIN FÜR MEDIEN- UND NETZPOLITIK

SONJA FASSBENDER

EINWÜRFE VON LINKS

PANEL ZU FUSSBALLFANS AUF DEM FEST DER LINKEN IN BERLIN

Mit sieben Beiträgen – von Podiumsdiskussionen über Film- und Buchpräsentationen bis zum Politikabarett – hat sich die Rosa-Luxemburg-Stiftung Mitte Juni am Fest der Linken in Berlin beteiligt. Die Veranstaltungen lockten mehrere hundert Interessierte an. Insgesamt besuchten rund 15.000 Gäste das dreitägige Fest.

Am Thema Fußball war während der WM in Südafrika auch auf dem Fest kein Vorbeikommen. Auf der Berlin- Bühne trafen sich die Journalistin Elke Wittich (Jungle World), der Soziologe Gerd Dembowski und der Geschäftsführer von Roter Stern Leipzig, Adam Bednarsky, zur Podiumsdiskussion unter dem Titel «Ultraschlechte Stimmung in der Kurve?». Es ging – moderiert von Uwe Michel von der Rosa-Luxemburg-Stiftung – um Fußballfans zwischen Kommerz und Kultur. Der Rote Stern stelle sich seit seiner Gründung in den 1990er-

Jahren gegen Neonazismus und Rassismus, berichtete Bednarsky. «Toleranz im Fußball hat aber ihre Grenzen», sagte er unter Verweis darauf, dass sein Verein immer wieder Zielscheibe von gewalttätigen und rechtsradikalen Angriffen werde. Im Jahr 2009 etwa gab es einen Übergriff von Neonazis, ein Fan des Vereins wurde schwer verletzt.

Gerd Dembowski wies darauf hin, dass die Sicherheit in den Stadien verstärkt worden sei. Fußball könne als «kommerziell sicheres Event» angesehen werden. Gewaltbereite Fans gebe es allerdings weiterhin – nicht nur in den unteren Ligen. Auch in der 1. und 2. Liga fänden sie sich, nur seien sie dort nicht mehr direkt zu erkennen. Meistens werde die Aggressivität auf die An- und Abfahrt zum Stadion verlegt, oder die Fans machten in den Innenstädten ihrem Ärger Luft. Es gebe indes auch sozialpädagogische Fanprojekte, die sich klar etwa gegen

Nazis in den Stadien positionierten. Dazu gehörten das «Bündnis aktiver Fußballfans». Ultrafans des FC Bayern München («Schickeria München») und vom FC St. Pauli besuchten Flüchtlingsheime und schauten gemeinsam mit den Bewohnern die Spiele ihrer Mannschaften im Stadion, so Dembowski. Elke Wittich sah in den Ultras im Allgemeinen allerdings auch «nützliche Idioten», die für gute Stimmung und schöne Bilder sorgten. Sie bemängelte zudem, dass neonazistische Übergriffe oft in den medialen Hintergrund gedrängt würden und die breite Bevölkerung davon nichts mitbekomme.

Man dürfe den Erstligisten nicht die gesamte Aufmerksamkeit schenken, sondern müsse sich den kleinen Vereinen mehr zuwenden, forderte Dembowski. Dort sei noch viel Arbeit erforderlich. Immerhin 61 Prozent der Spieler im Deutschen Fußballbund (DFB) hätten einen Migrationshintergrund. Deshalb müsse man dafür sorgen, dass die Trainer antirassistisch und interkulturell gebildet würden. Vor allem brauche es Konzepte für den Breitensport. Die 1. und

2. Liga würde nur einen kleinen Teil der Realität widerspiegeln. Ehrenamtliche Trainer für die unteren Spielklassen zu finden sei aber nicht einfach. Eine weitere Podiumsdiskussion drehte sich um politische Crossover-Projekte. Unter dem Titel «Solidarisch in die Offensive. Der Kampf um linke Hegemonie» diskutierten auf der Berlin-Bühne die Politologin Birgit Mahnkopf von der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin, der SPD-Bundestagsabgeordneten und Mitinitiator des Instituts Solidarische Moderne, Hermann Scheer, sowie der Bundesgeschäftsführer und Bundestagsabgeordnete Werner Dreibus für DIE LINKE. Moderiert wurde die Runde von Christina Kaindl, Redakteurin der Stiftungszeitschrift «Luxemburg». Unter www.rosalux.de/shorturl/fdl2010 können ein Videoschnitt der Fußball-Talkrunde sowie weitere Informationen zum Fest der Linken online abgerufen werden.

SONJA FASSBENDER ABSOLVIERT EIN PRAKTIKUM IM BEREICH ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

HENNING HEINE

ROSE FÜR ANGELA

US-BÜRGERRECHTLERIN DAVIS SPRICHT VOR 400 ZUHÖRERINNEN IN MAGDEBURG

Auf zwei Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt in Magdeburg hat die US-Bürgerrechtlerin Angela Davis zu globaler Solidarität und mehr Anstrengungen im Kampf gegen Rassismus aufgerufen. Rund 400 Gäste kamen zu ihren Auftritten.

Schon auf dem Weg zum Podium brandet Beifall auf. Viele ZuhörerInnen im Gewerkschaftshaus erheben sich und bilden klatschend ein Spalier. Der berühmte Gast aus den USA gibt die Komplimente zurück – mit einem gewinnenden Lachen und eigenem Beifall in Richtung Publikum. Nach fast 40 Jahre ist Angela Davis wieder in Magdeburg, wo sie Ehrenbürgerin ist. Kurz nach ihrer Freilassung im Jahr 1972 sprach sie vor Hunderttausenden. Viele MagdeburgerInnen hatten sich seinerzeit an den Solidaritätsbekundungen für die Kommunistin beteiligt, die in den USA unter Terrorverdacht stand und zeitweise mit der Todesstrafe bedroht war. Ganze Schulklassen schickten ihr Postkarten mit einer gemalten Rose ins Gefängnis. «Eine Million Rosen für Angela», lautete das Motto.

Bei der Buchpräsentation im Gewerkschaftshaus werden die Erinnerungen wach. Ältere Besucherinnen und Besucher haben Bilder von 1972 mitgebracht. Ein früherer Thälmann-Werker schenkt ihr einen Wimpel des Schwermaschinenkombinats SKET – und eine echte Rose. Wie schon bei ihren Auftritten in den Tagen zuvor, auf dem Fest der Linken in Berlin etwa und in Leipzig, wird Davis viel Sympathie zuteil. Die Bürgerrechtlerin ruft zu globaler Solidarität und Entschlossenheit im Kampf gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Fremdenfeindlichkeit auf. «Wir müssen dauerhafte Gemeinschaften des Widerstandes schaffen», sagt sie. Beim Aufbau von Protestbewegungen sei allerdings Geduld gefragt. Es gehe weniger darum, ein Mal eine große Demonstration auf die Beine zu stellen: «Was wir brauchen sind dauerhafte und stabile Strukturen.» Die Jüngeren dürften sich von Rückschlägen nicht entmutigen lassen. «Don't give up» (Gebt nicht auf), ruft Davis einer Studentin zu. Bereits am Vormittag hatte Davis an der Otto-von-Guericke-Universität gesprochen. Auch dort versammelten sich rund 200 Zuhö-

erInnen, darunter viele Studentinnen und Studenten. Davis sprach über den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Instrumente in den USA seit Beginn der 1980er-Jahre und die Privatisierungen im Gesundheits- und Bildungssektor, die exzessive Überwachung von Schwarzen und Latinos in den armen Wohngebieten und die Gefängnisindustrie (prison industrial complex). Sie sei ein wachsender Sektor, der Profiteure aus der «Sklavenarbeit» der Insassen ziehe und Modell stehe für den Haftbetrieb weltweit. Von US-Präsident Obama forderte die Philosophieprofessorin ein entschiedeneres Vorgehen gegen Rassismus und die Benachteiligung von Einwanderern. Der Rassismus sei mehr denn je eingebettet in die sozialen, ökonomischen und ideologischen Strukturen der amerikanischen Gesellschaft: «Wir haben ihn nicht signifikant überwunden.»

HENNING HEINE IST MITARBEITER FÜR MEDIENARBEIT UND KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Angela Davis in Magdeburg. Foto: RLS/Henning Heine





Ein deutscher Polizist im Mai 2009 im kosovarischen Mitrovica. NATO und EU-Polizeikräfte gingen dort gegen serbische Demonstranten vor. Foto: dpa

RAMONA HERING

DEBATTEN UM GLOBAL PLAYER

EUROPA-REIHE NIMMT EU-AUSSENPOLITIK UND ARBEITSZEITRICHTLINIE UNTER DIE LUPE

Nach der Sommerpause geht die Veranstaltungsreihe «Handlungsfeld Europa» in die zweite Runde. Podien zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und zur EU-Arbeitszeitrichtlinie stehen in Berlin an.

Die Reihe läuft bis ins Jahr 2011. Bei jährlich vier Veranstaltungen diskutieren Abgeordnete der Fraktion Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament, Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Medien sowie MitarbeiterInnen der Stiftung politisch brisante Fragen der Europäischen Union.

Am 24. September sind im Europäischen Haus in Berlin die Europa-Parlamentarierin Sabine Lösing, der Konfliktforscher Johannes M. Becker von der Universität Marburg sowie Giji Gya, Direktorin des ISIS Paris, zu Gast. Sie debattieren zur Frage: «Warum die GASP keine europäische Friedenspolitik ist». Moderiert wird die Runde von der Leiterin des Brüsseler Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Birgit Daiber. Beginn ist um 19 Uhr. Im November soll es am gleichen Ort eine Diskussionsrunde mit dem Europaabgeordneten Thomas Händel geben. Thema ist die EU-Arbeitszeitrichtlinie, gegen die das Europaparlament im Januar 2010 stimmte. Der Titel des Streitgesprächs lautet «The EUs Working Time Directive – no quantum leap for the citizens of Europe!» (Die EU-Arbeitszeitrichtlinie – Kein Quantensprung für die BürgerInnen Europas!).

Einst angetreten zur Verhinderung von Kriegen, wandelte sich die Europäische Gemeinschaft in den 1970er- und 1980er-Jahren zu einer wirtschaftlichen Kraft. Sie trug zweifellos zu Wohlstand und Wachstum der Unionsstaaten bei. Seit Ende der 1990er-Jahre

wurde die EU jedoch immer mehr zum Sprachrohr des Neoliberalismus. Die Versprechen von Freiheit, Gerechtigkeit und Überwindung von Armut auch in anderen Teilen der Welt bleiben dagegen Lippenbekenntnisse. Dies wird von den Bürgerinnen und Bürgern zunehmend durchschaut, wie die Widerstände gegen den Amsterdamer Vertrag und den Lissabon-Vertrag zeigen. Der Vertrauensverlust lässt sich nicht zuletzt auch an dramatisch gesunkenen Wahlbeteiligungen bei Europawahlen belegen.

Zunehmend verabschiedet sich die EU auch von der Idee, ein Zusammenschluss von Staaten zu sein, die nach demokratischen, sozialen und solidarischen Prinzipien handeln. Sie setzt einseitig auf Marktideologien und die militärischen Machtoptionen eines Global Players. Exemplarisch verdeutlicht dies die Handelspolitik gegenüber den AKP-Staaten. Deren bevorzugte Stellung wurde zunehmend aufgeweicht und im Zuge der Globalisierung eine Gleichbehandlung von Ungleichem erwirkt, die zu Lasten etwa der Ernährungssicherheit ging. Darüber diskutierte Anfang Juli zum Auftakt der Reihe in Bonn die Europaabgeordnete Gabi Zimmer mit Alan Matthews vom Trinity College Dublin und dem Vorsitzenden der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Franz-Josef Möllenberg. Eine gute Woche später ging es in Rostock um Energiepolitik und die Frage, wie ernst die EU ihre Klimaschutzziele nimmt. Gäste waren die Europaabgeordnete Sabine Wils, der Vizevorsitzende des BUND, Klaus Brunsmeier, sowie Chris Methmann von Attac.

RAMONA HERING LEITET DEN BEREICH ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

TITUS SCHÜLLER/ANDREAS THOMSEN

MEHR EINFLUSS IM BETRIEB

NÜRNBERGER FORUM WILL STRATEGIE FÜR WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE ENTWICKELN

Ein Gesellschaftspolitisches Forum wird sich am 16. und 17. Oktober in Nürnberg mit dem Begriff der «Wirtschaftsdemokratie» auseinandersetzen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung greift damit eine weitere wichtige programmatische Frage der LINKEN auf.

Linke Parteien, Gewerkschaften und kritische WissenschaftlerInnen stehen angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise vor der Frage, wie künftig besser Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung genommen werden kann. Dabei wird oft an zentraler Stelle eine Demokratisierung ökonomischer Prozesse gefordert. Durch Privatisierungen öffentlichen Eigentums, immer höhere Profiterwartung und gleichzeitige Zurückdrängung von gewerkschaftlicher Gegenmacht wurden Arbeitsplätze vernichtet und prekäre Beschäftigung geschaffen, Dienstleistungen abgebaut und viele Lebensbereiche kommerzialisiert. Nicht zuletzt stellt der finanzmarktgetriebene Kapitalismus eine zunehmend existenzielle Bedrohung für die Natur dar. Die Demokratisierung der Wirtschaft könnte daher dazu beitragen, die kapitalistische Verwertungslogik zurückzudrängen.

DIE LINKE nennt in ihrem Programmentwurf mehrere Instrumente: staatliches, kommunales, genossenschaftliches sowie Belegschaftseigentum und erweiterte Mitbestimmung. Aus den vielen

Konzepten soll auf dem Forum der Einstieg in eine Strategie entwickelt werden, die Wirtschaftsleben, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Partizipation zu einem Projekt der Demokratisierung zusammenfassen kann. ArbeitnehmervorteilerInnen, PolitikerInnen, Engagierte aus sozialen Bewegungen und ForscherInnen sollen ihre Positionen austauschen.

Entscheidend wird sein, den Begriff «Wirtschaftsdemokratie» mit Leben zu füllen. Drei Themenblöcke haben die Veranstalter – der Kurt-Eisner-Verein in Kooperation mit dem Rosa-Luxemburg-Club Nürnberg-Fürth und dem WASG e.V. – vorgesehen. Nach der historischen Betrachtung von «Demokratie und Wirtschaft» werden theoretische Grundlagen der Wirtschaftsdemokratie und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen diskutiert. Ein Block zu konkreten Konzepten und deutschen wie internationalen Erfahrungen schließt sich an. Er soll auch Antworten auf die Frage finden, wie Wirtschaftsdemokratie heute durchsetzbar sein könnte. Nähere Informationen zum Forum finden sich unter www.bayern.rosalux.de.

TITUS SCHÜLLER LEITET DEN ROSA-LUXEMBURG-CLUB NÜRNBERG-FÜRTH. ANDREAS THOMSEN LEITET DAS MÜNCHNER REGIONALBÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

FRIEDRICH BURSCHEL

SELBSTBEWUSST GEGEN NAZIS

STIFTUNG BIETET FORTBILDUNG ZU THEMEN RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS

Fortbildungskurse zu den Themen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit bietet das zuständige Referat der Rosa-Luxemburg-Stiftung an. Sie wenden sich an PolitikerInnen, Aktive in BürgerInnenbündnissen, Antifa-AktivistInnen und Jugendliche.

Auch eine gute Einstellung ist noch kein Garant dafür, dass im Falle neonazistischer Umtriebe oder beim Auftauchen von alltäglichem Rassismus das Richtige getan wird. Allzu häufig wiederholen selbst befreundete AkteurInnen alle Fehler, die man seit Jahren und Jahrzehnten bei anderen beklagt. Bei den Kursen geht es um einen offenen, kritischen Diskurs, mit dem allzu ausgetretene Denkpfade verlassen werden sollen. Zudem werden Wissen und Kenntnisse, Methoden und Fertigkeiten vermittelt, um im Auftreten gegen Nazis, Neurechte und rassistische Normalbürger firm zu sein.

Im Vordergrund stehen Angebote partizipativen und emanzipatorischen Charakters, die nicht im Frontalverfahren abrufbares Wissen produzieren sollen. Die AkteurInnen sollen gestärkt und selbstbewusst herausgehen und wissen, wie sie gute Arbeit gegen men-

schenfeindliche Ideologien und mehr oder minder organisierte Nazis auf die Beine stellen können. Dabei kann die Stiftung auf ausgezeichnete Angebote anderer Institutionen wie des Antifaschistischen Presse-Archivs und Bildungszentrums (apabiz), des Vereins Demokratische Kultur Berlin und CriThink in Saarbrücken zurückgreifen. Aber auch eigene TrainerInnen stehen mit ihren Angeboten bereit. Zu den Modulen gehören ein Argumentationsseminar gegen recht(sextrem)e Positionen sowie Kurse zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien und zum Umgang mit rechtsextremen Anmietungsversuchen öffentlich-rechtlicher Veranstaltungsräume. Mehr Informationen unter www.bildung-gegen-rechts.rosalux.de. Da Rassismus und Neonazismus auch in den kommenden Jahren aktuell bleiben, rechnen die Anbieter damit, dass interessierte Gruppen und Organisationen einzelne Angebote oder ganze «Pakete» für Projektstage, Seminare, Workshops, Tagungen oder auch nur für einen Abendvortrag rege buchen werden.

FRIEDRICH BURSCHEL IST REFERENT FÜR RECHTSEXTREMISMUS IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

IM NOVEMBER feiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihr 20-jähriges Bestehen. Zum Jubiläum ist der Preis für politische Bildung «Zusammenwachsen» ausgelobt worden. Gesucht werden Projekte zum Thema «Solidarität in der Gesellschaft». Die Preissumme beträgt 5.000 Euro, Bewerbungsfrist ist der 1. September 2010. Nähere Infos finden sich online unter www.rosalux.de/shorturl/preis-zusammenwachsen.



Empörter Demonstrant bei den Protesten gegen die Sparbeschlüsse im Mai 2010 in Athen. Foto: ddp

THOMAS HÄNDEL

FINANZVERFASSUNG MUSS HER

DIE EUROKRISE MACHT KLAR: ES GEHT NICHT OHNE BANKENREGULIERUNG

Der Schreck über das Ausmaß der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit Ende der 1920er-Jahre ist den etablierten Wirtschaftswissenschaftlern mächtig in die Glieder gefahren. Bis in konservative Kreise hinein sind Forderungen nach Regulierung der Finanzmärkte laut geworden. Bisherige Regierungsinitiativen sind allerdings in weitgehend unzulängliche – wenn nicht sogar lächerliche – Gesetze gemündet.

Seit rund 30 Jahren erleben wir eine exorbitante Zunahme privaten Vermögens. Im Jahr 1980 waren Weltsozialprodukt und Finanzvermögen etwa gleich groß. Im Jahr 2006 dagegen war das Finanzvermögen bereits dreieinhalb Mal größer als das Sozialprodukt. Die Ursachen: Die entwickelten kapitalistischen Ländern gerieten in eine Spirale von Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und einer massiven Umverteilung von unten nach oben. Fallende Lohnquoten schwächten die Nachfrage. Gewinne und hohe Einkommen wurden seltener für Investitionen in Produktion und Dienstleistungen eingesetzt. Folge: Die hektische Suche nach Anlageformen und -märkten verlangte eine Entfesselung der Finanzmärkte. Mit der Demontage öffentlicher Alterssicherungssysteme und der Entwicklung von kapitalgedeckten Rentensystemen etwa flossen Unsummen von Beiträgen der Beschäftigten auf die Kapitalmärkte. Ende 2006 betrug

das Finanzvermögen der Pensionsfonds 22,6 Billionen Dollar – fünf Mal mehr als 1992. Weltweit rund 12.000 Hedgefonds sowie Privat Equity Fonds zogen Kapital durch riskante Anlageformen an. Bis die Blase platzte.

Europa war in diesem Szenario nicht Opfer sondern Player. Die Standortkonkurrenz innerhalb der EU verschärfte die Unterschiede der Binnenmärkte, der Außenhandelsentwicklung und der Produktivitäts- und Lohnstückkostenentwicklung. Insbesondere Deutschland führte die Auseinandersetzung um die Reduzierung der Lohnstückkosten primär durch erzwungene Lohnzurückhaltung und Kostensenkung im Sozialbereich an. Andere EU-Staaten zahlten dafür mit wachsenden Leistungsbilanzdefiziten und geringen Wachstumsraten. Von einer Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitiken keine Rede. Auch der Wettbewerb um den attraktivsten Finanzplatz wurde zwischen den EU-Staaten mit Macht betrieben. Finanzmarktliberalisierung und Steuersenkungswettbewerb entlasteten Vermögenseinkommen und Unternehmensgewinne sowie bescherten den Staaten permanente Einnahmenverluste.

Die Finanzmarkt- und Bankenkrise wirft nun die EU-Wirtschaft weit zurück. Das Ziel der Lissabon-Strategie, die EU bis dieses Jahr zur «wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsregion der Welt» zu machen, ist

endgültig fehlgeschlagen. Die Europäische Kommission erwartet über Jahrzehnte nicht einmal das moderate Wachstum von vor 2008. Die Frage der Verfasstheit Europas stellt sich neu. Eine Währungsunion ohne gemeinsames politisches Regulativ kann nicht funktionieren. Vor allem dann nicht, wenn ihre Konstruktion davon ausgeht, die ungehinderte Entfaltung der freien Kräfte des Marktes sei per se gut und führe immer zu richtigen Ergebnissen. Das beginnt schon bei der Frage des Ausgleichs sich unterschiedlich entwickelnder Wettbewerbsfähigkeit. Sie können in kapitalistischen Ländern mithilfe von Auf- oder Abwertung der Währung zumindest teilweise aufgefangen werden. Bei einer gemeinsamen Währung existiert das Instrument nicht.

Griechenland ist nun das Experimentierfeld für die künftige europäische Austeritätspolitik. Vor kaum drei Jahren galt der Staat als Musterknabe der OECD: Die Etatkonsolidierung komme voran, Griechenland sei nach strukturellen Reformen robuster geworden und habe die zweitbeste Performance aller Industrieländer. Auf Geheiß von Brüssel war entbürokratisiert, privatisiert und waren Steuern gesenkt worden. Das Staatsdefizit blieb dennoch zu hoch. Alles kein Grund für eine Staatspleite – bis zum Krisen-Tsunami. Angefeuert von Ratingagenturen, mit Beifall flankiert von Boulevardzeitungen und Voodoo-Ökonomen trieben Spekulanten ihr Spiel. Bei jeder Neuanlage von Staatschulden musste Griechenland einen drei Mal höheren Risikoaufschlag zahlen – auf Dauer eine self-fulfilling prophecy, die zur Ursache eines Staatsbankrotts gereicht. Andere Länder werden folgen. Drei Möglichkeiten stünden zur Verfügung. Erstens: Griechenland erklärt den Staatsbankrott und schuldet um. Diese Möglichkeit scheidet aus. Allein bei deutschen Banken steht Griechenland mit 33 Milliarden Euro in der Kreide. Davon wollen Ackermann & Co. nicht einen Cent abschreiben. Lösung zwei: Griechenland spart zu Lasten der Masseneinkommen, senkt Staatsausgaben, verscherbelt das verbliebene öffentliche Tafelsilber, erhöht Steuern bei der Bevölkerungsmehrheit und senkt damit die Nachfrage. Investitionen unterbleiben, neue Sparorgien folgen zwangsläufig. Dritte Lösung: Europa zeigt sich solidarisch und hilft dem in Not geratenen Mitglied, nimmt den Druck der Finanzspekulanten von Griechenland etwa mit dem Kauf von griechischen Staatsanleihen zu einem vertretbaren Zinssatz durch die Europäische Zentralbank (EZB). Das allerdings ist durch den Lissabon-Vertrag strikt verboten. Dies zeigt: Europa braucht (nicht nur) bei Wirtschaft und Finanzen eine umfassende Revision seiner Verfasstheit.

Mit der «Finanzverfassung» wäre zu beginnen. Denn die Finanzwirtschaft ist die Schlüsselbranche der Moderne. Sie kann die Existenz von Millionen, wenn nicht gar Milliarden Menschen gefährden, muss daher unter gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden. Dazu fehlen aber die politischen Mehrheiten. Nötig wäre zumindest eine strikte Regulierung, die alle Finanzmarktakteure umfasst und über eigene Handlungskompetenz verfügt. Erforderlich ist die Trennung von klassischen Geschäftsbanken vom Investmentgeschäft, das Verbot, Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanzen zu betreiben und verschärfte Eigenkapitalvorschriften sowie eine Verschuldungsquote für die Banken. Finanzprodukte müssen künftig von einer unabhängigen Behörde zugelassen und riskante Finanzprodukte, Leerverkäufe und der Handel mit Credit Default Swaps verboten werden. Pensionsfonds muss untersagt werden, in Hedgefonds und Privat-Equity-Fonds zu investieren, unumgänglich ist eine öffentlich kontrollierte europäische Rating-Agentur. Finanztransaktionen müssen besteuert werden – das entschleunigt Finanzgeschäfte. Eine Steuer

auf alle Wertpapier-, Derivate- und Devisenumsätze bringt allein in Deutschland zweistellige Milliardenereinnahmen und Handlungsspielraum für Haushaltssanierung und sozial-ökologische Entwicklung. Die EZB muss auf die Stimulierung von Investitionen und Beschäftigung verpflichtet werden. Eine Europäische Risiko- und Entwicklungsbank, die Staatsanleihen aufkauft und dafür zu günstigen Konditionen Kredite ausreicht, könnte den Druck der Finanzmärkte auf die Mitgliedsstaaten erheblich reduzieren. Dazu gehört allerdings auch zwingend, das «Scharfrichterschwert» Stabilitäts- und Wachstumspakt zu revidieren. Nötig ist zudem eine europäische Wirtschaftsregierung unter demokratischer Kontrolle der Parlamente. Ohne eine umfassende Revision des Lissabon-Vertrages wird das nicht zu haben sein. Wichtig ist es, den Druck der Finanzindustrie auf Wirtschaft und Gesellschaft zu reduzieren. Dazu muss die wachsende Umverteilung von unten nach oben umgekehrt werden. Eine Lohnpolitik, die den Binnenmarkt nachhaltig stärkt, ein gesetzlicher Mindestlohn auf Basis von 60 Prozent des nationalen Durchschnittseinkommens in Europa und ein armutsfestes Mindesteinkommen gehören zum Gegenkonzept ebenso wie die Besteuerung hoher Einkommen und Gewinne, die Stabilisierung der öffentlichen Renten- und sozialen Sicherungssysteme sowie der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge vor Profitinteressen.

«Finanzinvestoren sind die wichtigsten Vollstrecker des Rollback gegen die sozialen Errungenschaften nach 1945.»

Bei der Regulierung der Finanzmärkte fehlt es nicht an Lippenbekenntnissen – an der Umsetzung schon. EU-Kommission und EU-Parlament wollten eine striktere Finanzmarktaufsicht. Dagegen formierte sich heftiger Widerstand. London, Madrid und Berlin gingen die vorgeschlagenen Regelungen und die Kompetenzen der EU-Aufsichtsorgane zu weit. Diese wurden stark verwässert, befürchtet man doch direkte Eingriffsrechte auf die nationale Ebene. Auch die Widerstände der Finanzlobbyisten zeigen Wirkung. Die strikte Regulierung der Finanzmärkte findet voraussichtlich nicht statt – nicht in der EU und nicht in den G20. Das System soll künftig nur ein klein wenig «unfallfreier» funktionieren. Dadurch wird die nächste Krise schon vorbereitet. Die Nationalökonomien werden die künftigen Schläge der Finanzspekulanten kaum ohne noch massivere Folgen für die Menschen ihrer Länder verkraften können – oder wollen. Eine verbale Verteufelung des Finanzkapitalismus hilft nicht weiter. Sie reicht genauso wenig wie der Glaube, ein bisschen mehr Regulierung führe zur Krisenvermeidung und zur Bändigung des Kapitalismus. Finanzinvestoren sind die wichtigsten und effizientesten Vollstrecker des Rollback gegen soziale und politische Errungenschaften nach 1945. Mit dessen Verschärfung ist zu rechnen. Die strikte Regulierung der Finanzmärkte wäre lediglich ein erster Schritt zum Status quo ante. Ohne politischen Druck in den Mitgliedsstaaten, im Europaparlament und vor allem aus der Zivilgesellschaft heraus wird selbst das nicht zu erreichen sein.

THOMAS HÄNDEL IST EUROPAABGEORDNETER UND STELLVERTRETENDER VORSTANDSVORSITZENDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

JUDITH DELLHEIM

SCHLUSS MIT FAMILIENTREFFEN

NICHT NUR DER EURO IST IN DER KRISE – AUCH DAS EUROPÄISCHE SOZIALFORUM

Das Europäische Sozialforum (ESF) in Istanbul vom 1. bis 4. Juli bot eine Vielzahl neuer Lern-, Kommunikations- und Kooperationsmöglichkeiten. Solidaritätsaktionen wurden für Opfer von Gewalt und ESF-Aktive zu wichtigen Erlebnissen – wie die Demonstration zum Abschiebegefängnis und die Fahrt zur Mahnwache für Familien, die aus ihren Häusern vertrieben wurden und seit zwei Jahren in Zelten hausen.

Auf keinem vorherigen ESF wurde so ernsthaft über Solidarität diskutiert wie auf dem Istanbul. Das lag nicht allein am fehlenden Solifonds für Menschen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern, den vor allem der WSF-Rat, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, das Netzwerk Transform sowie Abgeordnete der Linksfractionen im Bundestag und im Europaparlament ersetzen. Es hatte mit konkreten Analysen und Konzepten zu tun, die darauf zielen, soziale und ökologische Zerstörung zu stoppen, strukturell zurückzudrängen und letztendlich zu überwinden. So hatte etwa die Moskauer Studentin Nastja dargestellt, wie es in der politischen Auseinandersetzung um die Deutung des 65. Jahrestages des «9. Mai» in Russland um die Frage ging: Hat in erster Linie der starke Staat über das deutsche Militär gesiegt oder waren es die kämpfenden solidarischen Menschen? Christian von Planka von der schwedischen Initiative für unentgeltlichen öffentlichen Nahverkehr begründete, warum das Prinzip «Solidarität mit sozial Schwachen» – mit Einkommensschwachen in Schweden ebenso wie mit den Opfern der Umweltkrisen auf der Welt – seit Jahren die Bewegung frisch halte. Emil, der slowakische Vizepräsident von Inforce, stellte Projekte vor, die mit erneuerbaren Energien die Energiearmut und globale Erwärmung bekämpfen – lokal und global, konsequent solidarisch.

Aber auch solidarische Kritik ist sehr angebracht. Denn zwei sehr wichtige Vorhaben, die in den Jahren 2008 und 2009 vereinbart

wurden, sind nicht aufgegangen – mit schweren Folgen. Nach den ambivalenten Ergebnissen des ESF von Malmö sollte der «Idee Sozialforum» zu neuer Attraktivität verholfen und das Anliegen konkretisiert werden, Europa solidarisch von links zu verändern. Mit der Entscheidung für den Ort Istanbul sollte zudem den Linken in der Türkei wirksame politische Unterstützung zukommen. Darüber hinaus sollte es darum gehen, wie die EU zu einem solidarischen globalen Akteur werden könne, der die «Kurdenfrage» und Existenzprobleme der Menschheit gerecht lösen hilft. Istanbul war jedoch insgesamt kein Fortschritt. Die zwei Hauptursachen: Die nach Malmö getroffenen Absprachen wurden nicht umgesetzt und auf die falschen Akteure im widersprüchlichen Linksspektrum der Türkei gesetzt. Zugespitzt: Man braucht sich über nur 3.000 TeilnehmerInnen nicht zu wundern, wenn man ein ESF nicht wirklich europäisch vorbereitet, weil man immer wieder zuerst überlegt, wie man im eigenen Land an politischem Einfluss gewinnen kann – und wenn man das Sozialforum als «offenen Raum» für Kommunikation, Kooperation und Absprachen nicht solidarisch mit anderen füllen und teilen, sondern besetzen will, um andere zu belehren. Die Lernbereitschaft und -fähigkeit der linken Akteure haben im Verlaufe von acht Jahren ESF-Prozess tendenziell eher ab- statt zugenommen. Dabei hatte sich doch herumgesprochen, dass wir alle Griechinnen und Griechen sind, und man wollte doch in Istanbul gemeinsamen konkreten Widerstand gegen die Krisenbearbeitung der Herrschenden leisten sowie Ansätze nachhaltiger Krisenlösungen diskutieren.

Fazit: Lieber auf ein weiteres Sozialforum verzichten als ein «Familientreffen» austragen. Oder endlich die eigene politische Defensive analysieren und sich eingestehen: Wir sind so schwach, weil wir auf keiner Ebene wirkliche Sozialforumsprozesse haben – von der lokalen bis zur europäischen und darüber hinaus. Dass die aber dringlicher denn je gebraucht werden, hat mit der Verflechtung der Finanz- und Wirtschaftskrise mit den Umwelt-, Ernährungs- und Energiekrisen zu tun, mit der globalen Reproduktionskrise.

Ein Ausgangspunkt, um aus der Misere herauszukommen, ist nunmehr, ein Ergebnis der Sozialforumsprozesse zu nutzen: Die Entstehung und Entwicklung verschiedener europäischer Netzwerke, die themenspezifisch intensiv arbeiten und zahlreiche internationale Events und Aktionen hervorgebracht haben. Sie sollten endlich wieder einmal alle zusammenkommen und nun gemeinsam längerfristige Projekte beraten, vereinbaren und realisieren. Diesbezüglicher Treffpunkt könnte die in Istanbul vereinbarte europäische «Linke Krisenbearbeitungskonferenz» Ende Oktober in Paris sein. Die Wegsteine sind klar: Aktionen gegen die herrschende Krisenbearbeitung am 29. September, Friedensaktionen im Oktober und November, Aktivitäten gegen Armut um den 17. Oktober und – weil die globale Armut sehr viel mit Naturzerstörung zu tun hat – der «Kolumbus-Tag» am 12. Oktober sowie «1000 Cancuns» für solidarische und verantwortungsvolle Klimapolitik vom 29. November bis 9. Dezember.

JUDITH DELLHEIM IST SOZIALWISSENSCHAFTLERIN UND LANGJÄHRIGE AKTIVISTIN DES SOZIALFORUMSPROZESSES

Belgische GewerkschafterInnen in Istanbul. Foto: Anne Steckner



ÖL WAR GESTERN

KRISE UND SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU



«Strand geschlossen»: Reinigungsarbeiten in den Dünen von Grand Isle im US-Bundesstaat Louisiana im Mai 2010. Foto: ddp

ELMAR ALTVATER

VÖLLIG VERBOHRT

DER ÜBERGANG ZU EINEM POSTFOSSILEN ENERGIESYSTEM DÜRFTE IM KAPITALISMUS KAUM GELINGEN. PRODUKTION UND KONSUM MÜSSEN GEÄNDERT WERDEN

Es gibt nicht nur die Sachzwänge der globalen Finanzmärkte, es gibt auch harte Restriktionen in der Gesellschaft und in der Natur. Wenn ein Fass Öl ausläuft, das im Jahre 1859 mit dem Pferdefuhrwerk von Titusville zum Bahnhof transportiert wird, ist die Reichweite des Schadens begrenzt. Wenn aus einem Bohrloch im Golf von Mexiko täglich Millionen Liter Öl ins Meer entweichen, ist das eine globale Katastrophe von unkalkulierbaren Ausmaßen. Die Reichweite des menschlichen Handelns und die Größenordnung der Veränderungen der Natur sind gewaltig. Die kapitalistische Ökonomie ist keine virtuelle Veranstaltung, reale Werte kommen nicht durch Finanzakrobatik auf spekulativen Märkten zustande, sondern durch produktive Arbeit. Das ist eine Er-

kenntnis, so alt wie die Kulturgeschichte der Menschheit. Sie ist allerdings dem Fetischismus des Geldes und der Finanzen – und des Wachstums – zum Opfer gefallen. Die Gesetze der Ökonomie werden als Sachzwänge verhimmelt, auf Erden aber wirken auch Naturgesetze, deren Relevanz nur von jenen bestritten wird, für die sich die Natur in Kapital verwandelt, und die in einer raum- und zeitlosen Modellwelt ihr ökonomisches Dasein fristen.

In den Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte bis zur industriellen Revolution gab es bei stagnierender Wirtschaft keinen Wachstumsdiskurs, keinen Innovationswettbewerb. Der Standortwettbewerb war ein Fremdwort. Innovationen wurden nicht gefördert, sondern unterdrückt, manchmal mit dem Tode bestraft. Doch seitdem sich

die Produktionsmethoden der modernen Industriegesellschaft und das fossile Energieregime durchgesetzt haben, betrug der jahresdurchschnittliche Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen mehr als zwei Prozent. Natürliche Wachstumsschranken sind in der mit Kohle und später mit Öl und Gas befeuerten Welt der Maschinen und Fabriken beseitigt. Wirtschaftliches Wachstum ergibt sich aus dem Fortschritt der Arbeitsproduktivität und konnte somit zum Gegenstand der technischen und wirtschaftspolitischen Gestaltung und dann auch zum Maßstab der Qualität von Regierungshandeln werden: Je höher die Wachstumsraten, desto erfolgreicher eine Regierung. Wirtschaftspolitik ist zuvörderst Wachstumspolitik. Und wenn Wachstum nicht ausreicht, wird ein «Wachstumsbeschleunigungsgesetz» beschlossen – und keiner lacht.

In vorindustriellen Zeiten beruhte das Wachstum des Sozialprodukts in allererster Linie auf der Zunahme der Bevölkerung, und diese wiederum hing vom Zuwachs der Güter und Dienste zur Subsistenz und Reproduktion der Menschen ab. Seit der industriellen Revolution jedoch ist das Wachstum nicht mehr hauptsächlich von der Zufuhr von Arbeitskräften und der Fruchtbarkeit der Böden abhängig, sondern vom Anstieg der Produktivität industrieller Arbeit. Das ist das Neue, das Marx veranlasst, das kapitalistische Akkumulationsgebot als über alle natürlichen Schranken sich erhebend zu karikieren: «Akkumuliert, akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten ... spart, spart, d.h., rückverwandelt möglichst großen Teil des Mehrwerts oder Mehrprodukts in Kapital! Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen.»

Die Zunahme der Produktivität der Arbeit ist eine Folge der systematischen Nutzung von Wissenschaft und Technik zur Entwicklung der Produktivkräfte, der sozialen Organisation der kapitalistischen Mehrwertproduktion in der aufkommenden Industrie, aber auch in der Landwirtschaft, der «great transformation» zur aus Gesellschaft und Natur entbetteten Marktwirtschaft, der Errichtung «allgemeiner Produktionsbedingungen», das heißt einer materiellen und institutionellen Infrastruktur zur Beschleunigung aller Prozesse und – last not least – des massiven Einsatzes fossiler Energieträger, mit denen die Möglichkeit der Beschleunigung in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Das Wachstumsprogramm wird in «fordistischen Zeiten» nach dem

Solarfeld auf einer US-Luftwaffenbasis. Foto: USAF



Zweiten Weltkrieg erweitert. Dem steigenden Angebot von Waren, das dem Produktivitätszuwachs geschuldet ist, muss die Nachfrageentwicklung entsprechen. Doch nun bekommt diese Entsprechung eine besondere Note. Die fordistische Massenproduktion verlangt die Förderung der Massennachfrage. Dies ist aber nicht Wirkung eines systemimmanenten Automatismus, sondern Ergebnis von gewerkschaftlichen Lohnkämpfen und von sozialen Auseinandersetzungen um den Sozialstaat. Massenproduktion und Massenkonsumtion bringen spezifische soziale und kulturelle Praktiken hervor, und sie haben einen ebenfalls massenhaften Naturverbrauch zur Folge. Die Naturzerstörungen, die erkennbaren Grenzen der Verfügbarkeit von Rohstoffen und der Tragfähigkeit der Ökosysteme für alle möglichen Schadstoffe ließen nun auch ökologische Grenzen des Wachstums erkennen, die vom «Club of Rome» seit Anfang der 1970er-Jahre mit großer medialer Aufmerksamkeit thematisiert worden sind. Doch diese existierten immer schon.

Wachstum und die Erhöhung der Produktivität der Arbeit sind gleichbedeutend mit einer Beschleunigung aller Prozesse, denn die Steigerung der Produktivität ist ja nichts anderes als die Erzeugung von mehr Gütern und Diensten in der gleichen Zeiteinheit oder die Erzeugung der gleichen Gütermengen in verkürzter Zeit. Die Beschleunigung ist nur möglich, wenn die genutzte Energiedichte gesteigert wird. Wie kann dies geschehen? Erstens durch technischen Fortschritt, Bildung und Ausbildung der Arbeitskräfte, neue soziale und organisatorische Arrangements, entsprechende politische Rahmenbedingungen, kulturelle Veränderungen, also insgesamt durch eine effizientere Nutzung von Energien. In aller Regel steigen dann mit der Arbeitsproduktivität auch die Kapitalintensität (Kapitaleinsatz je Arbeitskraft) und der Kapitalkoeffizient, d.h. der Kapitaleinsatz je Einheit des produzierten Sozialprodukts.

Daher kann wohl mit der Produktivitätssteigerung die Wachstumsrate der Wirtschaft angehoben werden. Doch der steigende Kapitalkoeffizient oder – in Marxscher Begrifflichkeit – die steigende organische Kapitalzusammensetzung lassen gleichzeitig die Profitrate sinken. Wenn dies dann dazu führt, dass weniger investiert wird und folglich die Akkumulationsrate abnimmt, und liquides Kapital eher im Finanzsektor als in der realen Wirtschaft investiert wird, verringert sich im weiteren Verlauf der Entwicklung auch die wirtschaftliche Wachstumsrate. Die Wirkungen auf die Beschäftigung sind negativ. Doch können Produktivitätssteigerungen zweitens auch erreicht werden, wenn der technische Fortschritt nicht im Rahmen eines gegebenen technischen Paradigmas stattfindet, sondern wenn sie eine Folge der Nutzung neuer Energien und dazu passenden Energiewandlungssysteme sind, also im Übergang zu einem neuen technisch-sozioökonomischen Paradigma stattfinden. Bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität wird lebendige Arbeit (Arbeitsenergie) durch fossile Energieträger und die entsprechende Maschinerie ersetzt und freigesetzt. Dies war im Zusammenhang mit der industriellen Revolution seit Ende des 18. Jahrhunderts der Fall. Der Einsatz von konstantem, von in Maschinerie, Energieversorgung und Rohstoffen angelegtem Kapital steigt, während der Anteil des für biotische Energie, also des für Arbeitskräfte vorgeschossenen variablen Kapitals sinkt. Die fossilen Energieträger sind der kapitalistischen Produktionsweise systematischer Überschussproduktion höchst angemessen. Erstens können fossile Energieträger anders als Wasserkraft oder Windenergie weitgehend ohne räumliche Bindung flexibel eingesetzt werden. Sie können von den Lagerstätten relativ leicht zu den Verbrauchsorten verbracht werden. Inzwischen sind globale logis-

tische Netzwerke von Tankerrouten, Pipelines, Eisenbahnlinien, Stromnetzen, Straßen entstanden. Zweitens sind fossile Energieträger anders als Solarenergie und Energie aus Biomasse zeitunabhängig, da sie leicht zu speichern sind und 24 Stunden am Tag, und dies das ganze Jahr über, genutzt werden können. Drittens erlauben die fossilen anders als die biotischen Energien, die nur dezentral in zu meist kleinen Einheiten in nützliche Arbeit umgesetzt werden können, die Konzentration und Zentralisierung ökonomischer Prozesse. Sie können jedes Größenwachstum mitmachen, also mit der Akkumulation des Kapitals mitwachsen, jedenfalls so lange noch fossile Brennstoffe, vor allem Öl, zur Verfügung stehen.

Es werden zwar viele Versuche unternommen, die thermisch oder photovoltaisch gewonnene Elektroenergie, Wind- und Wasserkraft, auch nukleare Energie und vor allem die Energie aus Agromasse so zu nutzen, dass sie viele der Vorzüge fossiler Energieträger (Speicherbarkeit, Transportierbarkeit, Konzentrierbarkeit) aufweisen. Doch hat dies den negativen Begleiteffekt, dass die Vorzüge der nachhaltigen, erneuerbaren Energien verloren gehen und diese an die Infrastruktur des fossilen Energiesystems und an dessen Herrschaftsstrukturen, in denen die großen Energieversorgungsunternehmen den Ton angeben, angepasst werden.

Die industrielle Revolution ermöglichte jene Produktivitätssteigerungen, die für den von Adam Smith bejubelten Wohlstand der Nationen verantwortlich waren. Marx hatte das Ensemble von Werkzeug- oder Arbeitsmaschine, Bewegungsmaschine und Transmissionsmechanismus vor Augen, um das Revolutionäre beim Übergang zum industriellen Maschinensystem zu begreifen. Für Marx war es klar, dass «die Schöpfung der Werkzeugmaschinen ... die revolutionierte Dampfmaschine notwendig macht». Also schließt der Produktivitätssprung im Verlauf der industriellen Revolution auch die Substitution

der einen Energiequelle durch eine andere, in diesem Fall die fossilen Energieträger ein.

Das ist auch heute wieder aktuell. Ein Produktivitätssprung ist immer nur Folge eines Substitutionsprozesses der einen durch eine andere Energieform. So wie der Übergang von den biotischen Energien zu den fossilen Energien neue Energiewandlungssysteme verlangt und die Gesellschaft revolutioniert hat, so wird der Übergang zu erneuerbaren Energien einen fundamentalen gesellschaftlichen Wandel erforderlich machen und auch auslösen, damit die Potenziale zur Geltung kommen können. Wenn die Energieeffizienz um den Faktor vier oder zehn erhöht werden soll, muss gefragt werden, welche Energieträger für diesen Quantensprung verantwortlich sein könnten. Die lebendige Arbeitskraft kann es nicht sein, denn die wurde gerade wegen ihres begrenzten Wirkungsgrades freigesetzt und mithin überflüssig. Welche Energiequelle käme dann in Frage? Wir wissen zwar einiges über den Übergang vom präfossilen zum fossil-industriellen System, aber nichts über den Übergang vom fossil-industriellen zu einem postfossilen System. Ist dieser Übergang innerhalb kapitalistischer Verhältnisse möglich? Oder ist er nur jenseits der kapitalistischen Formen von Produktion und Konsumtion, von Arbeit und Leben zu denken und zu realisieren?

ELMAR ALTVATER IST EMERITIERTER POLITIKPROFESSOR UND GEHÖRT DEM WISSENSCHAFTLICHEN BEIRAT VON ATTAC AN

DER TEXT ist ein Auszug aus Elmar Altvaters neuem Buch «Der große Krach – oder die Jahrhundertkrise von Finanzen, Politik und Natur», das im Herbst beim Verlag Westfälisches Dampfboot erscheint.

EVELIN WITTICH

INTELLIGENTE NETZE

DEBATTE UM NACHHALTIGE TECHNOLOGIEN WIRD UNTER LINKEN ZU SELTEN GEFÜHRT

Die Gewohnheiten von Menschen sind von unerschütterlicher Beständigkeit. Das macht es so schwer, anders zu handeln als es die Gewohnheit will. Gelingt dies dennoch, so spricht die Techniksoziologie von einer Innovation.

Nicht eine geniale technische Lösung, sondern eine neue dauerhafte Praxis ist eine Innovation. Nicht die Erfindung der Glühbirne war die Innovation, sondern ihre massenhafte Anwendung und die damit verbundenen Veränderungen in der Produktionsweise und in den Lebensgewohnheiten von Menschen. Technische Entwicklungen, technologische Innovationen können keine gesellschaftlichen Probleme lösen. Sie greifen vielmehr in gesellschaftliche Strukturen ein und können gesellschaftspolitische Strategien beeinflussen, indem sie deren Wirkungen im günstigen Fall verstärken oder auch konterkarieren.

Linke Politik will eine solidarische, sozial gerechte Gesellschaft, in der sowohl kapitalistische Krisen mit ihren verheerenden sozialen Konsequenzen ausgeschlossen werden, als auch die Ursachen der ökologischen Krise beseitigt werden. Sie will – so gesehen – eine gesellschaftliche Innovation, in die Wissenschaft, Technik und Technologien integriert sind. Was aber macht linke Technologiepo-

litik aus? Diese Frage wurde und wird in der Linken augenblicklich zu selten gestellt. Noch seltener wird sie beantwortet. Erfolgt aber eine Beantwortung, so sind die Antworten sehr unterschiedlich, da die Blickwinkel sehr verschieden sind. Ausgangspunkte können Wirtschafts-, Forschungs-, Sozial- und Bildungspolitik sein oder ethische Gesichtspunkte. Außerdem spielen die unterschiedlichen Ebenen wie Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik eine Rolle. Linke Technologiepolitik gehört jedoch zu allererst in ein gesellschaftspolitisches Konzept. Und zwar in eines, das den sozial-ökologischen Umbau zum Ziel hat. Eine Reihe von Fragen müssen dafür diskutiert und beantwortet werden.

Erstens geht es um die Bestimmung der Kriterien, an denen linke Technologiepolitik zu messen ist. Zu berücksichtigen ist dabei, dass zu den klassischen Technologien, die auf naturwissenschaftlichen Entdeckungen und Erkenntnissen beruhen, die neuen Sozialtechnologien – etwa die sozialen Netze wie Facebook – hinzukommen. Interdisziplinäres Zusammenwirken der Natur-, Technik-, Sozial-, Kulturwissenschaften unter Einbeziehung von Medizin und Psychologie steht wieder einmal – wie sooft in den vergangenen Jahrzehnten – auf der Tagesordnung.

Zweitens ist zu analysieren, welche Technologiepolitik die Linke zurzeit betreibt. Bedeutet linke Technologiepolitik in erster Linie Technikkritik? Technikkritik ist ohne Zweifel unverzichtbar, denn sie ist das Mittel, Risiken bei der Einführung und Anwendung neuer Technologien zu ermitteln und zu bewerten. Darüber hinaus gehört Technologiepolitik in ein gesellschaftliches Transformationsprojekt. Wie kann diese Integration aussehen? Drittens finden sich die Hauptakteure von Technologiepolitik in den großen Konzernen und entziehen sich völlig der demokratischen Kontrolle. Transparenz ist hier unbedingt einzufordern als Voraussetzung für Demokratisierung und Partizipation in der Wissenschafts- und Technikentwicklung. Mit wem kann das erstritten werden? Welche Aufgaben hat die öffentliche Hand auf dem Gebiet der Technologieentwicklung, die in erster Linie durch private Unternehmen geleistet wird? Wie werden Grundlagenforschung und Technologietransfer gefördert? Viertens stand und steht nicht selten technologischer Fortschritt immer noch als Synonym für gesellschaftlichen Fortschritt. Geniale Wissenschaftler wie Albert Einstein haben das eindringlich in Frage gestellt, und Katastrophen wie Tschernobyl lieferten den Beweis. Auch wenn die Janusköpfigkeit von technologischen Lösungen kaum bestritten wird, tauchen auch in den Diskussionen um den Green New Deal wieder Allmachterwartungen an Umwelttechnologien auf. Eng verbunden werden damit Erwartungen an Wachstum und Wohlstand. Dieses Fortschrittsverständnis ist längst überholt und gehört schonungslos kritisiert. Überhaupt ist noch zu klären, ob ein Begriff wie Fortschritt zur Motivation von Menschen gegenwärtig und künftig gebraucht wird.

Fünftens stellt sich die Frage: Welche Technologien brauchen wir? Wer will sie aus welchem Grund? Was bewirken sie – gesellschaftlich, beschäftigungspolitisch, gesundheitlich, ökologisch, bezogen auf die Lebensqualität der Menschen. Es wird kaum Widerspruch zur Forderung nach innovativen Technologien für erneuerbare Energien als zentrale Zukunftsaufgabe geben. Im Zusammenhang mit einer linken politischen Strategie treten dann jedoch die Streitpunkte auf. Am Beispiel von Desertec, dem gigantischen Projekt, Solarstrom und Strom aus anderen erneuerbaren Energien aus der Sahara nach Europa und in andere Regionen der Erde zu bringen, wird das sehr anschaulich. Die linken Befürworter dieses Projektes meinen, dass bei verstaatlichten Netzen preiswerter ökologischer Strom zu uns komme und die Erzeugerländer für ihre Bevölkerung sozialen Fortschritt ermöglichen könnten. Die Kritiker votieren für dezentrale erneuerbare Energiequellen, bei denen verschiedene Ei-

gentumsformen – auch genossenschaftliches Eigentum – wirksam werden und besser kontrolliert werden können. Eine technologische Herausforderung für beide Lösungen sind intelligente Netze, die Strom aus verschiedenen erneuerbaren Energiequellen den Nutzern bedarfsgerecht zur Verfügung stellen können. Diese Debatte wird unter anderem auf einer energiepolitischen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Herbst in Berlin geführt (siehe Infokasten). Sechstens haben solche politischen Strategien auch eine kulturelle Dimension, denn der Umgang mit Technik, ihre Gestaltung, die Art ihrer Anwendung – das ist Ausdruck von Kultur. Geprägt wird diese Kultur durch Ressourcenverschwendung und Wachstumsbestrebungen. Eine nach ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtete Technikkultur entsteht allerdings erst als Ergebnis eines konsequenten Umsteuerungsprozesses in der Gesellschaft und auch nach Prinzipien der Industriellen Ökologie. Eine Sensibilisierung dafür gehört auch zu den politischen Aufgaben von Linken. Erst dann werden sich auch die Gewohnheiten der Menschen allmählich und grundsätzlich ändern.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung möchte mit ihrer Bildungsarbeit diesen Fragen nachgehen und so zur Erweiterung der Kompetenz verschiedener Akteure beitragen. Der Gesprächskreis Nachhaltigkeit wird sich im Jahr 2011 verstärkt mit linker Technologiepolitik befassen. Geplant ist unter anderem eine Tagung, um zu den anstehenden Fragen Wissen und Erfahrungen auszutauschen sowie unterschiedliche politische Positionen zu Wort kommen zu lassen. Auf der Tagung sollen auch konkrete Beispiele gegenwärtiger Technologiepolitik, am besten linker Technologiepolitik, vorgestellt werden. Sie wird sich in die verschiedenen Angebote der Stiftung zu programmatischen Themen der Linken einreihen.

EVELIN WITTICH IST DIREKTORIN DER AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

NEUE ENERGIE FÜR LINKE ALTERNativen will die Rosa-Luxemburg-Stiftung auf einer internationalen Konferenz vom 30. September bis 2. Oktober 2010 in Berlin gewinnen. Es sollen Wege aus dem fossilen Energieregime gezeigt, Großtechnologien kritisch hinterfragt und Perspektiven sozialer Energiepolitik eröffnet werden. Weitere Debatten drehen sich um Kohlebergbau, Agroenergie und Sicherheitsaspekte von Energiepolitik. Mehr Informationen auf www.rosalux.de/themen/nachhaltigkeit/veranstaltungen.html.

LUTZ BRANGSCH

SCHMERZFREI GEHT ES NICHT

KONZEPT «SOZIALÖKOLOGISCHER UMBAU» ZEIGT DRAMATIK KOMMENDER UMWÄLZUNGEN

Der Leitartikel der Financial Times Deutschland vom 8. Juli 2010 endet mit den Sätzen: «Kohle und Öl schaden dem Klima, Wind und Sonne dem Wiederverkaufswert der benachbarten Grundstücke. Politik ist, solche Güter gegeneinander abzuwägen – und die Entscheidung dann gut zu vermitteln.»

Soweit, so gut. Auch wenn hier der Politik eine kaum zu erfüllende Rolle zugeschrieben wird, skizziert diese Aussage das Problem. Es gibt keine schmerzfreie Lösung bei wichtigen Zukunftsfragen. Das

harmlos klingende «gegeneinander Abwägen» ist ein knallharter Interessenkampf, der auch ein Kampf von Konzepten ist. Mit Begriff und Konzept des Sozialökologischen Umbaus versucht die Rosa-Luxemburg-Stiftung schon seit Jahren, die Wechselwirkungen zwischen Sozialem, Wirtschaftlichem, Kulturellem und Ökologischem, zwischen Lokalem und Globalem zu beschreiben und zu diskutieren. Dieser breite Ansatz wurde gewählt, um ganz bewusst die Tiefe der nötigen Umwälzungen in der Gesellschaft deutlich zu machen. Das



«Es gibt keinen Planeten B» – Protestschilder beim UN-Klimagipfel in Kopenhagen Ende 2009. Foto: ecolabs/Flickr

Bekenntnis, dass die Klimafrage keine Ressortfrage ist, soll mit Leben erfüllt werden. Die Notwendigkeit von Veränderungen in Wirtschaft und Lebensweise sind heute zwischen verschiedenen politischen Lagern durchaus unstrittig, unterschiedlich wird aber vor allem das «Wie» gesehen. Letztlich ist dies für die Bewertung der Rolle von verschiedenen Technologien bei der Realisierung der Ziele zur Reduktion der Treibhausgase aber entscheidend. Soll es eine ökologisch aufgearbeitete Soziale Marktwirtschaft, ein Konzept Sozialen Wachstums oder ein Green New Deal oder eben ein Sozialökologischer Umbau sein – das ist eine gesellschaftsstrategische Frage. Geht es um Wachstum, qualitatives Wachstum oder Schrumpfung? Wer sind die Akteure der Veränderung? Bei einem gemeinsamen Grundanliegen finden sich in diesen Fragen unterschiedliche Antworten bei unterschiedlichen politischen Kräften. Das Problem besteht gerade darin, dass sich praktisch gleichzeitig alles ändern muss – die materiellen Lebens- und Produktionsbedingungen, die Kultur, die Akteure selbst. Der offensichtliche Zusammenhang zwischen dem millionenfachen Hunger in der Welt, den Verwüstungen der Umwelt und der herrschenden Produktions- und Lebensweise müssen in gleichem Maße Ausgangspunkt einer Strategie sein, die auf lange Sicht die puren natürlichen Lebensvoraussetzungen der Menschheit sichern soll. Mit anderen Worten: Das Überleben der Menschheit hängt davon ab, dass sie Wege findet, tatsächlich bewusst ihren Stoffwechsel – Produktion und Konsumtion gleichermaßen – untereinander und mit der Natur zu gestalten. Marx hätte dies als nächsten Schritt bei der Durchsetzung des gesellschaftlichen Charakters der Reproduktion bezeichnet. Nur in einem solchen Kontext entgeht man der Falle, generalisierend von Verzicht oder Schrumpfung zu sprechen oder einen abstrakten «Deal» zu beschwören – es geht um von Menschen aktiv gemachte Veränderung. Das Konzept des Sozialökologischen Umbaus lässt dabei offen, ob ein ökologischer Kapitalismus möglich sein könnte – das ist auch keine theoretische, sondern vor allem eine praktische Frage. Ausbeutung von Arbeitskraft und Monopolisierung von Mehrprodukt und Eigentum sind auf verschiedene Arten möglich. Will man aber

nicht in die Logik der Plünderung welcher Ressourcen auch immer – und sei es auch die immer intensivere Ausbeutung der Arbeitskraft bei sinkendem Verbrauch natürlicher Ressourcen – zurückfallen, müssen Menschen ihre eigenen Verhältnisse beherrschen können – nicht in Konkurrenz, sondern in Kooperation und Solidarität. Diese Komplexität erfassen die Konzepte einer ökologisierten Sozialen Marktwirtschaft oder eines Green New Deal nur unzureichend oder gar nicht. Insbesondere die Setzung einer bestimmten Eigentumsstruktur und -ordnung verstellt den Blick auf sozial tatsächlich gerechte Veränderungen. Auch verbleiben diese Konzepte weitgehend im Rahmen der klassischen repräsentativen Demokratie. Damit setzen diese Konzepte der notwendigen Selbstveränderung der Menschen eindeutige Grenzen. Aus dem Blickpunkt des Sozialökologischen Umbaus ist ein Green New Deal ein Weg, der bestimmte Umweltprobleme lösen mag, aber gleichzeitig die dem Kapitalismus eigenen gesellschaftlichen Widersprüche neu setzt. Mit der Betonung der Demokratisierung von Entscheidungsprozessen verweist das Konzept auf die Art und Weise des Einstiegs durchaus im Heute. Es geht nicht allein um Wirtschaftsdemokratie im traditionellen Sinne, und auch nicht nur um Konsumentensouveränität oder Regionalräte. Auch geht es nicht allein um Avantgardismus einer kämpferischen Klimabewegung. Das Konzept ist darauf gerichtet, Menschen massenhaft in einen von ihnen selbst gestalteten Veränderungs- und Selbstveränderungsprozess hineinzuziehen. Die öffentliche Diskussion von technologischen Veränderungen, Veränderungen im Verkehrswesen oder in der Energieversorgung wie auch in der Ernährungsweise und die Entwicklung von direktdemokratischen Entscheidungen dazu verschaffen Änderungsprozessen nicht nur Akzeptanz, sondern haben auch tiefgehende Lerneffekte. Das verändert wieder die politischen Kräfteverhältnisse und schafft Voraussetzungen für neue Veränderungen. Es ist in Luxemburgischer Tradition also ein nach vorne offenes Konzept, dessen Konkretisierung nur die schöpferische Tat der Massen sein kann.

LUTZ BRANGSCH IST REFERENT FÜR POLITISCHE ÖKONOMIE IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Montage von Kohlendioxidtanks auf einer Versuchsanlage in der Altmark/Sachsen-Anhalt. Foto: Vattenfall

STEFFEN KÜHNE

SAUBERES KOHLE-MÄRCHEN

CO₂-EINLAGERUNG SCHÜTZT KLIMA NICHT UND KOSTET VIEL GELD

Dass die Verfeuerung von Kohle maßgeblich zum Klimawandel beiträgt und aus diesem Grund nicht unvermindert weiter betrieben werden sollte, ist auch für jene nicht mehr wegzureden, die mit der fossilen Verstromung viel Geld verdienen und deswegen kein Interesse an einer regenerativen Wende haben.

Dem wachsenden öffentlichen Druck versuchen die Energiekonzerne deshalb mit millionenschweren Imagekampagnen zu begegnen, die eine grüne Zukunft der Kohle durch «CO₂-freie» Kraftwerke malen. Schlüssel hierzu ist das «Carbon Dioxide Capture and Storage», kurz CCS. In diesem industriellen Verfahren wird durch Verbrennung entstandenes Kohlendioxid abgeschieden und anschließend dauerhaft unterirdisch eingelagert. Hierdurch soll verhindert werden, dass der Treibhausgasanteil in der Luft einen Wert überschreitet, der eine Drosselung der Klimaerwärmung auf maximal zwei Grad Celsius unmöglich macht. Das CCS-Verfahren ist selbst nach wohlwollenden Schätzungen noch mindestens ein Jahrzehnt von einer Anwendbarkeit im großen Maßstab entfernt – vorausgesetzt, die vielfältigen Bedenken lassen sich bis dahin zerstreuen.

Die Bundesregierung will keine kommerziellen CO₂-Speicher genehmigen, bis die Unbedenklichkeit der Methode erwiesen ist, und unterstützt bisweilen nur die Forschung. Die EU lässt allein in Brandenburg dreistellige Millionensubventionen in die Erkundung von Standorten und Umsetzbarkeiten fließen. Der Entwurf eines Bundesgesetzes, das zukünftig die Erprobung regeln soll, entsteht derzeit unter maßgeblicher Beteiligung von RWE und Vattenfall als ausgemachten Nutznießern der großtechnischen Endlagerung von

Kohlendioxid. Bislang gibt es keine praktischen Beweise für eine kommerzielle Anwendbarkeit der vermeintlichen Zukunftstechnologie. Das Wort «klimaneutral» vernebelt zudem die Tatsache, dass die Kohleverstromung auch unter Anwendung von CCS durchaus weiterhin Kohlendioxid ausstoßen wird. Getreu dem Grundsatz, dass jede Tonne CO₂, die nicht als Treibhausgas in die Atmosphäre gelangt, grundsätzlich zu begrüßen sei, sind dennoch auch bei vielen KlimaschützerInnen Hoffnungen geweckt.

Hierbei wird häufig nicht genug berücksichtigt, dass CCS durch hohen zusätzlichen Energiebedarf den Wirkungsgrad verringert und mit dem folglich erhöhten Kohleverbrauch die Verstromung deutlich verteuert. Angesichts des Aufwärtstrends regenerativer Energien lassen sich die euphorischen Szenarien eines ganz neuen Industriezweigs und deutschen Exportschlagers jedenfalls auch unter Wirtschaftlichkeitsaspekten in Zweifel ziehen. Zudem ist nicht geklärt, inwieweit die für die nächsten Jahre bereits geplanten Großkraftwerke auf Braun- und Steinkohlebasis nachträglich überhaupt umgerüstet werden können. Das Märchen von der sauberen Kohle erfüllt als Greenwashing einer erwiesenermaßen klimaschädlichen Form der Energiegewinnung für die Stromkonzerne vor allem den Zweck, längere Laufzeiten für ihre alten Kraftwerke und gesellschaftliche Mehrheiten für neue fossile Großprojekte zu ermöglichen.

CCS erscheint unter diesen Gesichtspunkten nicht als zeitgemäßes Verfahren, sondern als Verlängerungstechnologie. Deren Langzeitriskien werden erst dann vollends absehbar sein, wenn längst die öffentliche Hand dafür haftet. Ängste und Unbehagen in der Bevöl-

kerung sind nachvollziehbar. Linke Politik ist gut beraten, sie nicht als unqualifizierte Fortschrittsangst abzutun. Wenn sie heute eine Mitbestimmung der betroffenen Regionen fordert, muss sie sich im Klaren sein, dass unterirdische CO₂-Deponien nur gegen erheblichen Widerstand von Bürgerinitiativen und Gemeinden durchgesetzt werden können und dass hierbei glaubhafte Unterstützung erwartet wird. Die Kohlendioxid-Verpressung und ihre Erforschung

grundsätzlich zu verdammen, erscheint indes ebenso wenig sinnvoll. Vielmehr kommt es darauf an, die eventuellen Einsatzmöglichkeiten in der Zukunft nicht als Feigenblatt des Fossilismus von heute zu missbrauchen und die regenerative Energiewende weiter nach Kräften voranzutreiben.

STEFFEN KÜHNE IST REFERENT FÜR NACHHALTIGKEIT IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

PHILIP BEDALL/MONA BRICKE

BÄUERIN TRIFFT KOHLEGEGERNER

FORDERUNG NACH KLIMAGERECHTIGKEIT FÜHRT VERSCHIEDENE KÄMPFE ZUSAMMEN

Wenn Krisen die Voraussetzung für erfolgreiche Mobilisierung sozialer Bewegungen darstellen, so herrschen gegenwärtig «beste» Bedingungen: Wirtschaftskrise, Klimawandel, schwindende Energievorräte, der Verlust an Biodiversität und sich verschärfende soziale Ungleichheit – die Krisenerscheinungen sind vielfältig.

Dass die Krisen miteinander verknüpft sind, blenden die vorherrschenden Lösungsansätze jedoch aus. Beispiel Abwrackprämie: Gedacht als kurzfristige Abfederung der Wirtschaftskrise trägt sie zur Verschärfung des Klimawandels bei. Für eine sozial und ökologisch gerecht gestaltete Gesellschaft müssen aber strukturelle Zusammenhänge angegangen werden. Ein gegenhegemoniales Projekt bedarf zudem veränderter Kräfteverhältnisse.

Viele AkteurInnen sozialen Wandels – aus sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften – werden sich gegen den Vorwurf einer «Ein-Punkt»-Orientierung wehren. Dennoch: Zu selten bilden Verknüpfungen zu anderen Akteuren und Kämpfen den Ausgangspunkt strategischer Bündnisse. Gerade so könnten aber Kräfteverschiebungen erzielt werden. Nicht nur die größere Anzahl von Beteiligten spielt eine Rolle für das Vorantreiben sozial-ökologischer Transformation. Auch bis dahin partikulare Forderungen werden miteinander in Bezug gesetzt. Das ist wesentlich für die Antwort auf die Frage, was soziale und ökologische Gerechtigkeit bedeutet und wie sie zu erreichen ist.

Ein Spannungsverhältnis wird greifbar, wenn zum Beispiel Klima-AktivistInnen die Abkehr vom automobilen Individualverkehr oder gar Minuswachstum verlangen, GewerkschafterInnen jedoch für die Sicherung von Industriearbeitsplätzen eintreten und deshalb Wachstum fordern. Der Europäische Gewerkschaftsbund etwa ruft unter dem Motto «No Cuts, More Growth» (Keine Kürzungen, mehr Wachstum) am 29. September zu einem Aktionstag auf. Würden sich Klima-AktivistInnen und GewerkschafterInnen dagegen als BündnispartnerInnen begreifen und gemeinsam einen «gerechten Übergang» (just transition) fordern, könnten sie aushandeln, wie ihre partikularen Forderungen miteinander vereinbar und kohärente Krisenlösungen zu gestalten sind. Ein derartiges Bündnis stärkt die einzelnen Anliegen im öffentlichen Diskurs. Zudem werden die Forderungen konkreter – etwa zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Kontext von Klima- und Energiekrise. Ein reger Dialog über «Green Unionism» hat sich in Großbritannien etabliert, wo die ArbeiterInnen des Windradproduzenten Vestas im Jahr 2009 bei ihrem Protest gegen Werksschließungen und Arbeitsplatzabbau von Klimatecamp-AktivistInnen unterstützt wurden. Die Zusammenarbeit stieß

allerdings an Grenzen – die AktivistInnen forderten eine Abkehr vom wirtschaftlichen Wachstum, statt für eine Umlenkung in ökologisch sinnvolle Sparten zu plädieren. Bündnispotenzial zeigt sich ebenso, wenn Anti-Atombewegte auf Initiativen gegen Kohletagebau-Projekte und den Neubau von Kohlekraftwerken treffen. Die gemeinsame Forderung nach Just Transition im Sinne einer Energiewende wirkt dem Ausspielen der Anliegen gegeneinander entgegen. Ein Neubau von Kohlekraftwerken kann zwar mit längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke verhindert werden, dem dringend nötigen Komplettumstieg auf erneuerbare Energien stehen jedoch Atom ebenso wie Kohlekraft entgegen. Ein Beispiel für eine gewinnbringende Verknüpfung verschiedener Kämpfe ist die Forderung nach Climate Justice (Klimagerechtigkeit). Sie vereint viele Akteure: Kleinbäuerinnen und -bauern, die Ernährungssouveränität fordern und verteidigen, AktivistInnen des Globalen Südens mit ihrer Forderung nach Entschuldung der so genannten Entwicklungsländer durch Anerkennung der historischen Klimaschuld(en) der Industrieländer, sowie Kohle- und AtomgegnerInnen, die auf einer zügigen Energiewende beharren. Zusammengeschlossen in transnationalen Netzwerken (www.climate-justice-action.org) mobilisieren sie zu zentralen Demonstrationen ebenso wie zu dezentralen Aktionstagen. Forderungen wird auch mit Mitteln zivilen Ungehorsams Nachdruck verliehen, wie bei den Protesten während der UN-Klimaverhandlungen in Kopenhagen. Die mediale Aufmerksamkeit ist zwar bislang gering, die Binnenwirkung dagegen nicht zu unterschätzen: Sie bringen AktivistInnen mit unterschiedlichen sozialen und politischen Hintergründen in einen Austausch über Ziele und Strategien und lassen eine gemeinsame Identität wachsen.

Bündnisse im skizzierten Sinne betonen den gemeinsamen Kampf für sozial-ökologische Gerechtigkeit und tragen gleichzeitig den vielfältigen lokalen Realitäten der BündnispartnerInnen Rechnung. In den Forderungen nach Climate Justice oder Just Transition spiegelt sich somit auch eine neue Form von Internationalismus wider, denn es geht nicht um einseitige Solidarität mit anderen «Unterdrückten». Vielmehr steht die Suche nach Lösungswegen aus dem Krisenkonglomerat im Vordergrund, das alle überall auf der Welt betrifft. Erstritten werden Klimagerechtigkeit und sozial-ökologischer Umbau global vereint unter lokalen Gegebenheiten – etwa beim globalen Aktionstag für Klimagerechtigkeit am 12. Oktober oder beim Castor-Transport in Gorleben.

PHILIP BEDALL IST AKTIV IM ARBEITSSCHWERPUNKT SOZIALE ÖKOLOGIE DER BUNDESKOORDINATION INTERNATIONALISMUS. MONA BRICKE GEHÖRT DEM NETZWERK CLIMATE JUSTICE ACTION AN

EINFACH ANDERS LEBEN

EINE «REPRODUKTIONSÖKONOMIE» WÄRE BEDÜRFNISORIENTIERT UND SOLIDARISCH

Der deutsche «Exportismus» weiter steigender Ausfuhren bei dahinsiechender Binnennachfrage wird sich nicht einfach restaurieren lassen. Ökologische und ökonomische Grenzen und Ungleichgewichte sprechen dagegen. Nötig sind Vorstellungen eines «Guten Lebens», wie sie bereits in Lateinamerika diskutiert werden.

Trotz 30 Jahren Umweltpolitik und effizienterer Technologien wurde der Ausstoß klimarelevanter Gase und der Verbrauch von Rohstoffen beschleunigt – laut Weltklimarat liegt das Worst-Case-Szenario einer drohenden Erwärmung um sechs Grad Celsius vor. Das Zwei-Grad-Ziel eines vermeintlich noch beherrschbaren Klimawandels ist bereits verfehlt. Jeder Versuch, kapitalistisches Wachstum wieder in Gang zu bringen, steht im direkten Widerspruch zur Lösung der ökologischen Krise. Faktisch betrug das jährliche Wachstum der deutschen Wirtschaft zwischen 2001 und 2007 durchschnittlich ohnehin nur noch 1,1 Prozent. Die Tendenz seit den 1970er-Jahren: fallend.

«In einer «Care Economy» sorgen Menschen füreinander. Bedürfnisse und Ökonomie entwickeln sich qualitativ.»

Hier zeigen sich Grenzen des Wachstums einer Ökonomie, die auf Exportismus zu Lasten der Binnenentwicklung setzt. Aus ökologischer Sicht muss die stoffliche Produktion in jedem Fall schrumpfen. Die einseitige Orientierung auf Exportwachstum geht einher mit stagnierenden Reallöhnen seit 1990. In keinem europäischen Land ist der Niedriglohnsektor so rasant gewachsen. Der Konsum spielt als konjunkturelle Stütze daher kaum eine Rolle. Kein ein anderes Land ist so abhängig vom Export: Etwa 45 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hängen davon ab. Die deutschen Handelsbilanzüberschüsse summieren sich seit 2001 auf abenteuerliche eine Billion Euro und tragen zu den riesigen Leistungsbilanzungleichgewichten in der Welt bei. Gleichzeitig ist der Exportweltmeister besonders anfällig für globale Krisen.

Es fehlt an einer Perspektive für das deutsche Modell. Angesichts einer in Europa verbreiteten Orientierung zum Abbau der Staatsschulden, enormer Überkapazitäten und stagnierender Nachfrage sind in den nächsten Jahren deflationäre Tendenzen zu erwarten. In den USA werden die Haushalte in Zukunft weniger konsumieren, die Importnachfrage sinkt dramatisch. Wenn der «globale Konsument» USA mit einem Weltimport-Anteil von 16,5 Prozent krisenbedingt ausfällt, wird auch die Dynamik in China beeinträchtigt. Gleichzeitig befördern die mangelnden Profitaussichten die finanzielle Überakkumulation, eine Wertpapier- und Aktienkursinflation (asset price inflation) sowie neue Spekulationsblasen. Außerdem steigen die Öl- und Ressourcenpreise aufgrund wachsender Knappheiten. Ein Ende der Krise ist nicht in Sicht.

Es ist notwendig, vom exportistischen Wahn und dem Fetisch des Wachstums loszukommen. Aber wie? Ein Systemhopping gibt es nicht. Es braucht transformatorische Schritte einer revolutionären Realpolitik (Rosa Luxemburg). Ein Einstiegsprojekt wäre die sozial-ökologische Konversion der Automobilbranche: Staatliche Kapitalhilfen, etwa bei Opel, wären an Konzepte alternativer Entwicklungswege und die Beteiligung am Eigentum bis hin zur vollen Vergesellschaftung des Unternehmens zu knüpfen. Dies wäre mit erweiterter Partizipation von Beschäftigten, Gewerkschaften, Umweltverbänden und den Menschen der Region zu verbinden, etwa in regionalen Räten. Sie entscheiden über Konversionsschritte zu einem ökologisch orientierten Dienstleister für öffentliche Mobilität. Es geht nicht darum, einfach nur Elektroautos oder Windräder zu bauen, sondern eine ganze Palette neuer Produkte, Technologien und gesellschaftlicher Bedürfnisse hervorzubringen – neue Mobilitätskonzepte, neue Formen von Leben und Arbeiten, der Energienutzung, des Konsums (siehe auch Beitrag auf Seite 22). Das ist einzelbetrieblich nicht zu leisten, erfordert einen tiefgreifenden Strukturwandel.

Die wachstumsorientierte kapitalistische Ökonomie müsste in eine «Reproduktionsökonomie» transformiert werden, die sich zu beschränken weiß und zugleich neuen Reichtum schafft. Reproduktion heißt, sich auf eine bedürfnisorientierte solidarische «Care Economy» zu konzentrieren, in der Menschen füreinander sorgen: soziale Infrastrukturen öffentlicher Gesundheit, Erziehung und Bildung, Forschung, soziale Dienste, Ernährungssouveränität, Pflege und Schutz unserer natürlichen Umwelten. Das sind zentrale Bedürfnisse, bei deren Befriedigung alle seit Jahren Mangel beklagen. Reproduktionsökonomie bedeutet auch, dass sich Bedürfnisse und Ökonomie qualitativ entwickeln, aber nicht mehr quantitativ wachsen. Das wäre ein Beitrag zu einer wirklich ökologischen Produktions- und Lebensweise und zur Entwicklung einer Praxis des «buen vivir» (Gutes Leben), wie sie nicht nur in Lateinamerika erprobt wird. Damit geht eine Orientierung auf Binnenmarkt und -produktion einher. Die Tendenz zu Deglobalisierung und Regionalisierung der Wirtschaft trägt auch zum Abbau der Leistungsbilanzungleichgewichte und der Exportfixierung bei. Mit dem nicht-warenförmigen Ausbau des Öffentlichen werden Märkte und Privatisierung zurückgedrängt. Allerdings werden Menschen auch ihre gewohnte Arbeit verlieren. Strategien einer just transition, eines sozialen Übergangs, sind zu entwickeln. Dabei kann an gewerkschaftliche Erfahrungen mit Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften angeknüpft werden, wofür betriebliche wie staatliche Mittel bereitzustellen sind. Dies heißt auch, dass andere Bereiche zunächst wachsen müssen, bei relativer Entkopplung vom stofflichen Wachstum. Ein solches qualitatives Wachstum ist übergangsweise nicht zuletzt aufgrund der Defizite in vielen Bereichen der Reproduktion notwendig – dies gilt vor allem für Länder des globalen Südens. Die Reproduktionsarbeit im weiten Sinne ins Zentrum eines Transformationsprojektes zu stellen, ermöglicht eine Abkehr vom Fetisch Wachstum – und stellt damit zugleich mittelfristig die kapitalistische Produktionsweise in Frage. Masha Madörin etwa spricht von einer «Wohlfahrtslogik»,

die der «Akkumulationslogik» entgegensteht. Letztlich wird damit die Frage aufgeworfen, wer über den Einsatz der Ressourcen in der Gesellschaft entscheidet und welche Arbeiten gesellschaftlich notwendig sind. Dazu braucht es auch Elemente partizipativer Planungsprozesse, *consultas populares* und *peoples planing processes*, demokratischer Räte.

Aktuell wird bereits in mehreren Kontexten zu diesem Thema diskutiert. In Lateinamerika gibt es eine produktive Debatte der Kritik am «Neodesarrolismo» – wie eine Arbeitstagung der Stiftungsbüros Mexiko, Ecuador und Brasilien mit indigenen Intellektuellen, linken Aktivisten, Wissenschaftlern und Politikern aus Lateinamerika Mitte April in Buenos Aires zeigte. Zu den TeilnehmerInnen zählten Filomena Nina Huarcacho, Ana Maria Larrea, Maristella Swampa, Alberto Acosta. Die Kritik verbindet aus der Sicht eines «Biozentrismus» – der Mensch und Natur ins Zentrum stellt – Wachstumskritik mit der Kritik an westlichen Vorstellungen von Fortschritt und linearer Entwicklung im Sinne von Modernisierung. Sie speist sich insbesondere aus indigenen Philosophien (*Cosmovision*), aber auch aus sozialen Auseinandersetzungen um *buen vivir*, diagnostiziert eine «Zivilisationskrise» und hat Eingang gefunden in die Politiken und Verfassungen linker Regierungen in Bolivien oder Ecuador, die eine Transformationsperspektive zu eröffnen versuchen.

Die indigenen Philosophien sind wachstums- und fortschrittskritisch. Das Gute verbinden sie mit Veränderung und zugleich Rückbesinnung – oder gar Selbstbegrenzung mit Blick auf unsere Produktions-, Konsum- und Lebensweise. Andere verbinden damit die

Hoffnung auf Wohlstand und Wachstum. Es bleibt offen, ob und wie sich *buen vivir* in andere Kontexte als ländlich-indigene übersetzen lässt – etwa auf urbane Lebensweisen. Auch in der sich entwickelnden Klima(gerechtigkeits)bewegung wird mit Blick auf die multiplen Krisen eine grundsätzliche Kritik an der gegenwärtigen Produktionsweise formuliert. In der feministischen Debatte existiert schon lange eine Kritik an einem Wirtschaftsmodell, dass auf industrielles Wachstum und Export setzt. Dagegen setzen sie auf Orientierung an menschlichen und natürlichen Bedürfnissen und Anstoß einer «Care-Revolution» (Gabriele Winker) oder eben einer «Reproduktionsökonomie». Dabei gibt es viele Anschlussmöglichkeiten an sozial-ökologische Wachstums- und Entwicklungskritik sowie an das *Buen Vivir*. Bisher Übersetzungsversuche erlauben indes noch keine transnationale Verbindung. Daran muss weiter gearbeitet werden – etwa beim Weltsozialforum in Dakar 2011.

MARIO CANDEIAS IST REFERENT FÜR KAPITALISMUSANALYSE UND GESELLSCHAFTSENTWICKLUNG IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

EINE LANGFASSUNG des Artikels ist als Standpunkt 14/2010 der Rosa-Luxemburg-Stiftung erschienen und findet sich online unter www.rosalux.de/publikationen.html. Beiträge zu «Buen Vivir», Klimagerechtigkeit und «Reproduktionsökonomie» sind auch in den Ausgaben 1/2009 sowie 2/2010 der Zeitschrift «Luxemburg» erschienen.

Pflanzen auf Rädern: Protestaktion gegen den Autoverkehr im kanadischen Ontario. Foto: Toban Black/Flickr



RAINER RILLING

ADIEU AUTO

DER INDUSTRIEZWEIG STIRBT SCHON LANGE – ER MUSS UMGEBAUT WERDEN

Aus Stahl gemacht, durch einen Verbrennungsmotor angetrieben, für vier Personen ausgelegt, im individuellen Eigentum und unabhängig voneinander betrieben: das ist das Modell Auto. Fast ein Jahrhundert lang war es prägend, weltweit.

Seine Epoche läuft jetzt unwiederbringlich aus. Trotz aktueller Aufschwungsnachrichten ist die Überproduktionskrise der Automobilindustrie in Nordamerika und Europa keineswegs vorbei. Langfristig prägend aber ist die strukturelle Krise. Die Verkehrsordnung, in deren Zentrum «das Auto» steht, stößt zunehmend auf absolute Grenzen. Die Ressourcen, die es verbraucht, gehen zu Ende, wie Erdöl und spezielle Rohstoffe, oder sind nur noch begrenzt belastbar, wie die Flächen. Die Art und Weise der Vernutzung hat zerstörende Effekte. Die hektischen Aktionen zur Verlängerung des fossilen Endspiels werden nicht mehr greifen können: Peak Oil ist erreicht, das Alte stirbt schon einen langen Tod. Die Klimaeffekte werden alltagswirksam. Der Entwicklungspfad des «Verkehrs auf fossiler Basis» stößt zudem auf relative Grenzen. Das ungebrochene quantitative Wachstum der Automenge vor allem in den Newly Motorising Countries mit Brasilien, Russland, Indien und China an der Spitze geht einher mit sinkender Effektivität. In den Autostädten verlangsamen sich die Wegegeschwindigkeiten – auch diejenigen der Fußgänger. Die Wege, um dieselben Dinge zu erledigen (Arbeiten, Wohnen, Einkaufen), werden länger. In Los Angeles etwa ist das Tempo im Schnitt auf 20 Kilometer pro Stunde gesunken. Negative Nebenwirkungen und soziale Kosten vermehren sich: Der Lärmpegel steigt, der Lärmteppich verdichtet sich. Hinzu kommen Tote und Verletzte: In diesem Jahr dürften bis zu 1,35 Millionen Menschen auf den Straßen der Welt sterben, davon eine Million in den so genannten «niedrigmotorisierten» Ländern. Rund 45 Millionen Menschen werden verletzt werden, davon 20 Millionen schwer. Es geht um absolute Entwicklungsschranken, die grundlegende Alternativen erzwingen. Die neu entstehende Profitstrategie der Autokonzerne geht daher in zwei Richtungen. Sie versucht zu wechseln von den gesättigten und kritischen Mittelklassenmärkten der nördlichen Industrieländer zu den neoliberal polarisierten Automärkten in den BRIC-Staaten, wo die oberklassengerechten Premiummarken einem explodierenden Markt der niedrigpreisigen Klein- und Mittelwagen gegenüberstehen. VW etwa spielt im einen, Daimler im anderen Autoteilmarkt Chinas die erste Geige. Produktion und Beschäftigung in den Kernstandorten wie Frankreich oder Deutschland werden massiv reduziert. Dies soll nach den herrschenden Vorstellungen die dominierende Politik bis zur Jahrhundertmitte sein: Optimierung des konventionellen Antriebsstrangs (Verbrennungs-

motor), begleitet von Effizienzinnovationen (Leichtbau, Sicherheit, Elektrifizierung und Vernetzung), Produktion und Absatz auf anderen Märkten, Sicherung des Kapitalstocks. Zweitens entwickelt die Autoindustrie unter Losungen wie «Das Auto neu erfinden!» oder «Auto 2.0.» eine Politik der Transformation, bei der sie sich im Kern auf die Elektrifizierung des Autos (Hybridauto, Elektroauto) konzentriert und versucht, in einer Übergangssituation so lange eine ganze Skala von Politiken voranzutreiben («Fächerstrategie»), bis klar wird, welche technische Option das Rennen macht. Eine Politik, die letztlich nur eine Handvoll global agierender Konzerne verfolgen kann. Grenzen, innere Widersprüche und Folgelasten werden damit zu Treibern einer grundlegenden Transformation der Mobilitätsordnung. Kurz und bündig: It's time to say goodbye. Zwar wird die Kombination von Krisen, Expansion in neuen Märkten und weithin ungebrochener und gestärkter Macht des Großeigentums die Durchsetzung anderer Wege (und erst recht grundlegend alternativer Wege) schwer machen – aber nicht aussichtslos. Aber wenn es so nicht mehr weitergehen kann und wird – wie werden dann die zukünftigen Mobilitätsordnungen aussehen? Das ist keine Frage der Eigentümer allein. Eine strategische Auseinandersetzung über Konversion, sozial-ökologische Transformation und eine neue «postfossile Mobilitätsordnung» ist eine wesentliche Aufgabe der Gewerkschaften, der Linken, von ökologischen und sozialen Bewegungen und – nicht zu vergessen! – derjenigen, die mobil sind und nutzen (müssen), was zu finden ist.

Die Konferenz «Auto.Mobil.Krise» der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der linken Bundestagsfraktion vom 28. bis 30. Oktober in Stuttgart analysiert die Situation der doppelten Krise der Autogesellschaft und ihrer Ökonomie. Es geht um linke Alternativen und die Frage, ob es einen nachhaltigen Ausweg aus der Krise der Autoindustrie gibt. Es geht um Beschäftigungssicherung, sozialökologischen Umbau, Ideen und Strategien einer sozial gerechten Mobilität, Konversion und Industriepolitik, um Technikpolitik, das E-Auto und um die Einstiege in den Umstieg. Wir wollen die Stärkung einer ökologisch-sozialen Reformalternative unterstützen. Ohne eine gründliche kritische Bilanz der großen Ordnung des Verkehrs, in deren Zentrum das Auto steht, kann das nicht gehen. Nötig sind die Perspektive einer nachhaltigen Veränderung der Struktur des Kapitalismus und Bausteine einer großen Transformation in eine postfossile Mobilitätsordnung, mit neuer politischer Ökonomie und neuem kulturellen Gravitationsfeld (siehe auch Infokasten).

RAINER RILLING IST REFERENT FÜR KAPITALISMUSANALYSE UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

EINE LANGE AUTONACHT steht am Anfang der Konferenz «Auto.Mobil.Krise» von Rosa-Luxemburg-Stiftung und linker Bundestagsfraktion in Stuttgart. Zwei Tage und zwei Abende geht es danach weiter mit Workshops, Debattenforen und zentralen Vorträgen. Zu den 70 ReferentInnen gehören Beschäftigtenvertreter von Daimler, Opel und VW, ForscherInnen vom Wissenschaftszentrum Berlin und vom Wuppertal Institut, linke Bundestags- und Europaabgeordnete sowie Gäste aus Brasilien, Mexiko, Kanada und den USA. Veranstaltungsorte sind Rathaus, DGB-Haus und Haus der Wirtschaft. Mitgetragen wird die Tagung von der Stuttgarter Fraktionsgemeinschaft SÖS/DIE LINKE und TIE/Netzwerk Auto. Aktuelle Informationen gibt es online im Konferenzblog unter www.auto-mobil-krise.de.



StiftungsstipendiatInnen vor dem EU-Parlament in Brüssel. Foto: RLS/Marcus Hawel

POLINA SERKOVA

BRÜSSELER MISCHUNG

STIPENDIATINNEN BESUCHTEN EU-PARLAMENT – EINDRÜCKE EINER MITREISENDEN

Eklektisch. Das war der erste Eindruck von Brüssel. Der Begriff aus der Kunstgeschichte hat mich während des ganzen Aufenthaltes begleitet.

Er kam nicht allein in der Innenausstattung unseres Hotels zum Ausdruck, in dem Mozart neben Obama, flämische Malerei neben mauretanischen Fliesen die Wände schmückten. Auch die Brüsseler Architektur ist so facettenreich und uneinheitlich wie die Geschichte Belgiens, von der wir auf einem Stadtrundgang erfuhren: Ein Gemisch aus Gotik des 19. Jahrhunderts, alten Backsteinhäusern, Klassizismus, Modernismus und Konstruktivismus der 1950er-Jahre.

Dazu kommt die Mischung aus Sprachen und Kulturen. Englisch ist im flämisch-französischen Brüssel zwar ein Muss, aber auch mit Deutsch oder Französisch, zur Not auch mit der Gebärdensprache kann man sich in Brüssel verständigen. Kulturen, Welten, Lebensweisen existieren nebeneinander. Unsere Gruppe passte in dieses Bild – auch sie war multikulturell.

Das Ziel unserer Reise war das Europäische Parlament: 27 Länder, verschiedene Interessen. Verschiedene Sprachen bedürfen ständigen Übersetzens von einer Sprache in die anderen, von einer Realität in die anderen. Viele gut gekleidete, vorbei eilende Menschen, die Bildschirme mit der Information zu den verschiedenen Sitzungen, ein kompliziertes Gebäudesystem mit Wegweisern, eigener

Infrastruktur wie Cafés, Banken, Friseursalons. Wie an einem großen internationalen Flughafen. Die Leute freilich fliegen nicht weg. Sie gehen in die Ausschüsse und nehmen an Sitzungen teil. Dort wird ein breites Spektrum an Fragen und Problemen besprochen. Probleme, die in meinem Herkunftsland Russland nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Debatten stehen. Umso interessanter war es für mich, an der Sitzung der Geschlechtergerechtheitsausschusses teilzunehmen. Die meiste Zeit wurde der Abstimmung gewidmet. Eine rein technische Sache, die für die Zuschauer nicht besonders interessant ist, aber ohne die keine Demokratie funktioniert. Zum Schluss gab es einen interessanten Bericht zur Bekämpfung der Armut in der EU.

Das EU-Parlament macht einen unkonventionellen Eindruck. Die Leute sind zwar gut gekleidet, aber nicht immer schwarz-weiß, nicht immer mit Krawatte. In den Sitzungen herrscht eine offene Atmosphäre. Man kann den Raum jederzeit verlassen und wieder hineingehen. Den Gästen ist es auch erlaubt, nach der Sitzung ein Foto auf dem Präsidium zu machen und Bilder am Euro-Denkmal zu schießen. Die Security jagt sie nicht weg. Ein offenes Parlament: Der Student einer kleinen Universität in Deutschland trifft auf berühmte Persönlichkeiten aus der großen Politik.

Die Leute, die schon länger in Brüssel wohnen und arbeiten, bestätigen den ersten Eindruck von Eklektizismus. Man hat das Gefühl,

sich im Mittelpunkt des Weltgeschehens zu befinden. «Brüssel ist ein irrwitziges Feld», sagt etwa Birgit Daiber, die Leiterin des dortigen Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es scheint, dass diese Mischung, diese Vielfalt von verschiedenen Meinungen, Problemen, Interessen und Sprachen die Einheit stören kann. Aber in Brüssel ist das nicht der Fall. Man lernt mit dieser Vielfalt umzugehen, Kompromisse zu finden, Interessen der Anderen zu berücksichtigen. Gleichzeitig versucht man diese Vielfalt unter einen gemeinsamen Nenner zu bringen, gleiche Rechte für die EU-Bürger aus den verschiedenen

Ländern, für Männer und Frauen, für Kinder und Erwachsene zu erarbeiten. Eine schwierige, aber enorm wichtige Aufgabe. Pommes sind nicht umsonst die belgische Spezialität. Sie stellen gleichzeitig ein Sinnbild für die europäische Einheit in der Vielfalt dar. Sie sind an sich alle gleich, aber die verschiedenen Soßen geben jeder einzelnen Tüte Pommes ihren einzigartigen Geschmack.

POLINA SERKOVA IST PROMOTIONSSTIPENDIATIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

TOBIAS PIEPER

NICHT BARRIEREFREI

TAGUNG UNTERSUCHTE EINWANDERUNG UND INTEGRATIONSPOLITIK

Die Partei DIE LINKE hat im März dieses Jahres einen Programmentwurf zur Debatte gestellt, an der sich auch das Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligen möchte. Dazu fand Mitte Juni in Köln eine Tagung zu den Themen Migration und Gender statt.

Dazu wurden StipendiatInnen, VertrauensdozentInnen, WissenschaftlerInnen, MitarbeiterInnen der Landes- und Bundesstiftung, Mitglieder der Gesprächskreise Migration sowie Frauen und Politik und Abgeordnete der LINKEN im Bund und den Ländern in die «Alte Feuerwache» der Stadt am Rhein eingeladen. Die inhaltliche Gestaltung ging zurück auf ein Brainstorming vom Januar im Studienwerk. Dabei hatte sich als Konzentrationspunkt «Integration» herauskristallisiert. Ausgehend davon wurden drei Fragen für die Veranstaltung formuliert: Was ist Integration? Wer soll sich integrieren? Wie sieht eine linke Integrationspolitik aus?

In Köln wurden die Fragen in ihrer gegenseitigen Verschränkung behandelt. Während am ersten Tag auf die Klärung der theoretischen

Bezüge und auf praktische Probleme eingegangen wurde, stand am zweiten Tag hauptsächlich eine kritische Diskussion des Programmentwurfs im Mittelpunkt.

Susanne Spindler, Professorin an der FH Darmstadt und Vertrauensdozentin der Stiftung, führte in die Integrationsdebatte ein. Deutlich wurde, dass es eklatante Unterschiede zwischen der wissenschaftlichen und der politischen Diskussion gibt. Aktuelle Studien belegen immer wieder, dass soziale Schicht und Milieu die tragfähigsten Indikatoren dafür sind, welche Menschen wie in die Bundesrepublik «integriert» sind. Der Diskurs der Politik lenkt dabei jedoch den Blick ab von den strukturellen Barrieren im deutschen Bildungssystem und der damit zusammenhängenden Zuweisung von schlechten Arbeitsmarktchancen. Zugleich kulturalisiert er das Scheitern.

Stipendiatin Cano Turan vom Move on up!-Netzwerk machte deutlich, dass auch die wissenschaftliche Diskussion immer wieder daran scheitert, dass Phänomene nicht beim Namen genannt werden: Die deutsche Gesellschaft sei durchzogen von vielfältigen symbolischen wie strukturellen Barrieren für Nicht-Weiße. Es sei sinnvoll, diese Diskriminierung als institutionellen Rassismus zu fassen. Das Move on up!-Netzwerk versteht sich dabei als Empowerment-Knoten für Menschen mit Rassismuserfahrungen (siehe auch das Interview mit Cano Turan auf Seite 25).

In der Diskussion wurden die Fallstricke einer zuschreibenden und ethnisierenden Sprache deutlich. Das macht sich beispielsweise an dem Konstrukt von Menschen mit Migrationshintergrund fest. Ab wann sind EinwanderInnen eigentlich hier zu Lande angekommen? Und wann bedeutet Deutsch-Sein nicht mehr gleich Weiß-Sein? Die Betonung des Migrationshintergrundes schreibt in der Sprache das kulturell Andere über Generationen fest und negiert so immer wieder die Realitäten der Einwanderungsgesellschaft.

Die Geschlechterforscherin Esra Erdem beleuchtete die Problematik aus der Perspektive von Frauen in migrantischen Organisationen. Die derzeitige Debatte «Ja wir sind ein Einwanderungsland – Aber integriert euch!» fokussiert die hier lebenden Muslime als diejenigen, die sich aufgrund ihrer Kultur eigentlich gar nicht integrieren könnten. Im Mittelpunkt dieses anti-islamischen Rassismus stehen die Frauenunterdrückung im Islam und das Kopftuch als Symbol des kulturell Fremden. Anhand der diskursmächtigen Aussagen von Nekla Kalek und Seyran Ateş werde dabei deutlich, dass wir mit einer Politik des Ressentiments konfrontiert seien. Kalek

Stipendiat Chamberlin Wandji und Geschlechterforscherin Esra Erdem in Köln



und Ateş, fungierten innerhalb dieser konservativen Politik als authentisches Erfahrungswissen für die Unterdrückung der Frau im Islam. Die Einschreibung von anti-islamischen Forderungen wie Abschiebung von gewalttätigen muslimischen Männern in die Ausländergesetzgebung sei damit mehrheitsfähig geworden.

Erika Schulze von der Universität Köln stellte die Frage: «Wer sind denn die MigrantInnen?» Deutlich wurde, dass es stark divergierende Wahrnehmungsmuster gibt – je nachdem, aus welchem Land die Menschen kommen und welche sozioökonomische Position sie innehaben. Ein Herr Ackermann aus der Schweiz werde innerhalb des herrschenden Diskurses nie als Arbeitsmigrant oder kulturell Fremder betrachtet. Die Begriffsverschiebung mache sich auch daran fest, dass die negativ konnotierte «Migration» zur positiven «Mobilität» werde. Die hegemoniale Figur des nichtintegrierten und kulturell fremden Einwanderers ist die des türkischen Arbeitsmigranten und seiner Kopftuch tragenden Hausfrau.

Der Beitrag von Tobias Pieper befasste sich mit der Bedeutung der Kultur innerhalb des Integrationsdiskurses. Der Begriff der Kultur fungiere als vielfach besetzte Schimäre, der den Zugewanderten Eigenschaften als Ethnie zuschreibt und gleichzeitig nach innen die Weißen-Deutschen einer deutschen Leitkultur zuordnet. Mitgedacht wird dabei immer eine weiß-ethnisch bestimmte deutsche Kultur mit einer langen Geschichte. Das ist einer der zentralen Mythen innerhalb der Debatte, denn gelebte kulturelle Praxen sind vor allem sozio-kulturelle Aspekte der eigenen Lebensweise und keine Folge deutsch-ethnisch definierter Eigenschaften. Auch bei der Historie deutscher Hochkultur überwiegt die Konstruktionsleistung hegemonialer Geschichtsschreibung. Auch der zweite Mythos wurde kritisiert, wonach Deutschland erst ab dem Jahr 1955 ein Einwanderungsland sei. Kulturelle Praxen wurden jedoch schon seit jeher durch Wanderungsprozesse mitbestimmt. Das heutige Problem lässt sich vor allem als strukturelle Entrechtung formulieren, die im anti-muslimischen Rassismus ihren aktuellen Ausdruck findet. Am zweiten Tag der Veranstaltung stellten sich die linke Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen und die Bundesfrauenreferentin der LINKEN, Vera Vordenbäumen, der Diskussion.

Gerade in Bezug auf die Realitäten des Einwanderungslands Deutschland hat der Entwurf des Parteiprogramms noch einigen Nachholbedarf. Jenseits tagespolitischer Forderungen muss hier das Verhältnis von Einwanderung und Gender genauer gefasst werden. Ungeklärt bleibt weiterhin die kontroverse Frage, wie sich eine Linke in die Debatte um Integration einbringen und ob der Begriff der Integration aus einer kritischen Perspektive neu gefasst werden kann. Denn die hegemoniale Codierung ist so stark, dass man sich allein begrifflich schnell in ungewollten Debatten bewegt. Die zentrale Forderung muss dabei lauten, dass alle hier lebenden Menschen die uneingeschränkten politischen wie sozialen Rechte bekommen müssen. Erst dann kann man über eine gemeinsame Gesellschaft und die institutionellen Barrieren angemessen diskutieren. Zum Abschluss stellten Melanie Stietz von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalen und Tiina Fahrni vom Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit mehrere Projekte im In- und Ausland zu den Themengebieten der Tagung vor. Eine Fortsetzung der Tagung fand am 3. Juli unter dem Titel «Integration und Ausgrenzung in der Einwanderungsgesellschaft – Bildungspolitik und Arbeitsverhältnisse in der Kritik» in Bochum statt.

TOBIAS PIEPER IST POLITIKWISSENSCHAFTLER UND LEITET DEN GESPRÄCHSKREIS MIGRATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

«GEGEN RASSISMUS, FÜR EMPOWERMENT»

CANO TURAN ENGAGIERT SICH AN DER UNI UND FÜR PEOPLE OF COLOR

Cano Turan studiert Filmwissenschaft, Sozial- und Kulturanthropologie sowie Geschichte und Kultur des Vorderen Orients an der Freien Universität (FU) Berlin. Seit April 2008 ist sie Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Worum geht es bei deinem ehrenamtlichen Engagement?

Turan: Ich gehöre zum Arbeitskreis UniWatch – Gegen Rassismus in unseren Räumen!, den ich mitgegründet habe. Er ging 2009 als studentische Initiative aus den Protesten gegen einen Vorfall am Institut für Semiotik und Arabistik der FU hervor. Dort hatte ein weißer Professor das «N-Wort» benutzt und dies damit gerechtfertigt, dass der Begriff in seiner Jugend neutral gebraucht worden sei. UniWatch will für einen solchen kolonial tradierten und rassistischen Sprachgebrauch sensibilisieren und die Uni zu einem rassistismusfreieren Raum machen. Wir dokumentieren Vorfälle in Seminaren und in der Verwaltung auf unserem Blog (<http://akuniwatch.wordpress.com/>) und bieten Unterstützung bei Interventionen an.

Du bist auch beim Move on up!-Netzwerk. Was ist das?

Turan: Ein loses Bündnis von People of Color. Wir kommunizieren über einen E-Mail-Verteiler. Dadurch entsteht ein virtueller Schutz- oder Empowerment-Raum, in dem wir – von der Mehrheitsgesellschaft als «Andere» definiert und oft marginalisiert – uns gegenseitig stärken. Derzeit bin ich mit der Planung des nächsten Empowerment-Forums beschäftigt.

Was bedeutet die Förderung der Stiftung für dich?

Turan: Der große Vorteil ist, dass ich mich mit anderen linken StudentInnen austauschen und vernetzen kann. Meine Studien- und politischen Schwerpunkte kann ich zudem beim Studienwerk einbringen, zuletzt mit einem Vortrag in Köln zum Thema «Empowerment» aus der Perspektive von People of Color. Ich freue mich, dass die Stiftung sich um einen kritischen Diskurs zu Migration und Rassismus in Deutschland bemüht und der Mehrperspektivität Raum gibt.

Was sind deine Zukunftspläne?

Turan: Nach dem Studienabschluss im Herbst möchte ich für etwa ein Jahr im Bereich Filmproduktion und Kuratierung von Filmreihen und -festivals arbeiten. Danach ist ein Masterstudium geplant. Als Filmwissenschaftlerin und -produzentin will ich für eine stärkere Repräsentation von Perspektiven der People of Color im Film eintreten. Postkoloniale und migrantische Subjekte sind leider immer noch eine Seltenheit auf der Kinoleinwand – und wenn, dann meist mit einem eurozentrischen, weißen Blick auf sie.

FRAGEN: JANE ANGERJÄRV



Cano Turan



Sängerinnen und Sänger intonieren Revolutionslieder bei einem Chorwettbewerb der Stadtverwaltung von Yangzhou. Foto: Wenke Christoph

LUTZ POHLE

MACHT DER HARMONIE

IM MODERNEN CHINA IST «LINKSSEIN» NICHT AUTOMATISCH VON VORTEIL

Wenn man in China die Kategorisierung «links-rechts» anspricht, dann denken die Älteren an die Kampagnen vor rund 50 Jahren und an die so genannte Kulturrevolution. Kaum jemand hat den pseudorevolutionären Terror jener Zeit, der mit linken Losungen und Phrasen geführt und begründet wurde, in guter Erinnerung.

Unter dem Vorwand von «rechten» Abweichungen wurden in den 1950er- und 1960er-Jahren Hunderttausende gemäßregelt, gedemütigt, verfolgt, um Hab und Gut und häufig ums Leben gebracht. Als «links» wurde später die so genannte «Viererbande» verurteilt. Die Gruppe von Spitzenpolitikern der 1970er-Jahre wurde 1981 der Verbrechen während der «Kulturrevolution» für schuldig befunden. Die in europäischen Demokratien übliche Verteilung der Sitze im Parlament von rechts nach links ist in China unbekannt. Ein Parlament im Sinne einer westlichen Mehrparteien-Demokratie gab es nie. Die Begriffe «rechts» oder «links» tauchen heute nur noch selten in den Materialien der chinesischen KP und in der Öffentlichkeit auf. Seit dem Ende der «Kulturrevolution» 1976 folgt China der alten Weisheit «Die Steine ertastend den Fluss überqueren». Das Bild benutzte einst der geistige Vater der chinesischen Reformpolitik, Deng Xiaoping, um zu beschreiben, wie die Reformen verwirklicht werden und das Land voran kommen könne.

Dengs Nachfolger haben das Bild von der «harmonischen Gesellschaft» entworfen, die mithilfe «wissenschaftlicher Entwicklungskonzepte» aufgebaut werden soll. Was das genau ist, darüber diskutieren die Mitglieder der Partei und die Elite des Landes seit geraumer Zeit, ohne dass darüber allzu viel bekannt wird. Die KP spielt die zentrale Rolle. Spätestens seitdem der frühere Parteichef Jiang Zemin seine Theorie von den «Drei Vertretungen» verkündet

hat, versteht sich die KP nicht mehr so sehr als «Revolutionspartei», sondern immer stärker als eine Regierungspartei, die alle Schichten der Bevölkerung zusammenfassen und vertreten will. Die Kategorisierung «links» oder «rechts» stört da eher.

Die Jüngeren aus der Reformgeneration ab dem Jahrgang 1980 verstehen «rechts» und «links» schon eher. Für sie sind das jedoch Begriffe aus der westlichen politischen Welt, zumal wenn sie zu den inzwischen hunderttausenden Chinesen gehören, die im Westen ausgebildet worden sind und dort gelebt haben. Die Übersetzung dieser Begriffe nach China betrachten sie allerdings weniger als ihre Aufgabe, schon gar nicht, wenn man damit in Gegensatz zur offiziellen Linie der KP gerät.

In Peking das Büro einer linken Stiftung aufzubauen war angesichts der sehr anderen Begriffswelt und Kultur von Anfang an nicht einfach. Die Beamten des Ministeriums für zivile Angelegenheiten, die die Stiftung registrieren sollten, wollten ausführlich erklärt haben, was die Partei DIE LINKE in Deutschland ist und wie sie mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Verbindung steht. Weiterhelfen konnten sie nicht. Sie erklärten, den Vorgang erst prüfen zu müssen. Das war vor zwei Jahren. Seitdem haben wir von dem Ministerium nichts mehr gehört. Wir bekamen noch den Rat, uns eine chinesische Institution zu suchen, die bereit ist, uns auf unserem Weg in China zu begleiten. Die sei dann zum Beispiel dafür zuständig, was wir tun dürfen und was nicht. Oder würde uns helfen, ein Visum zu bekommen, ein Büro zu mieten, Mitarbeiter einzustellen, ein Konto zu eröffnen. Diese Institution heißt bei in China tätigen Nichtregierungsorganisationen «Schwiegermutter». Da spielt es im Übrigen keine Rolle, ob sie «links» oder «rechts» sind, ob die Stiftung nach Ebert, Adenauer, Seidel, Böll oder nach Luxemburg benannt ist.

Aber schon Konfuzius wusste: «Es ist nicht von Bedeutung, wie langsam du gehst, solange du nicht stehen bleibst». Wir haben inzwischen ein Büro angemietet, ein kleines Team aufgebaut, Möbel und Technik angeschafft und alte Projekte ausgebaut oder neue begonnen. Alles ohne «Schwiegermutter», aber mit Hilfe alter und neuer Freunde. Das sind wissenschaftliche Einrichtungen und parteinahe Think Tanks, die den Reformprozess analysieren und begleiten. Dafür sind sie an den Erfahrungen aus der ganzen Welt interessiert. Das sind aber inzwischen auch Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich in den Reformprozess einbringen.

Hilfreich bei unserer Etablierung in Peking war, dass unser Bereich in der Stiftung jetzt Zentrum für internationalen Dialog und Zusammenarbeit heißt. Denn: Wir sind willkommen, wenn wir Erfahrungen mitbringen und den Dialog und die Zusammenarbeit suchen. Bis heute interessiert, warum und woran der Sozialismus im Osten Deutschlands und in Osteuropa gescheitert ist und welche Lehren daraus zu ziehen sind. Aber immer mehr interessiert, wie eine moderne Gesellschaft denn aussehen könnte. Was sind die Kriterien für Gerechtigkeit, wie sind die Sozialsysteme organisiert, wie wer-

den diejenigen am Reichtum der Gesellschaft beteiligt, die ihn schaffen? Und welche Konzepte hat die Linke in Deutschland dafür? Welche Antworten haben wir auf die Krise? Wie sehen wir die Rolle, die das erstarkte China in der Welt von morgen spielen wird? Wie und wo können wir kooperieren, um die großen globalen Probleme der Welt von heute und morgen zu lösen? Aber auch der wirtschaftliche Aufschwung in China, dessen Schattenseiten in jüngster Zeit nur allzu deutlich werden, wird immer stärker thematisiert. Die alten Denkmuster helfen nicht weiter, deshalb werden die Diskussionen der Linken in Deutschland und Europa aufmerksam verfolgt und der Austausch mit ihnen gesucht.

Dass der Name Rosa Luxemburg in China bekannter ist als zu vermuten war, gehört zu den vielen Überraschungen, die ich bisher erlebt habe. Dass die Rosa-Luxemburg-Stiftung dazu beiträgt, dem Begriff «links» in China langsam einen neuen Inhalt zu geben, lässt uns hoffen, dass das Pekinger Büro zur Adresse für einen neuen Dialog mit China wird.

LUTZ POHLE IST LEITER DES IM AUFBAU BEFINDLICHEN AUSLANDSBÜROS DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN PEKING

«BILDUNG AN DER BASIS»

WILFRIED TELKÄMPER ZU DEN KÜNFTIGEN SCHWERPUNKTEN DER AUSLANDSARBEIT

Wilfried Telkämper leitet seit Juli das Zentrum für Internationalen Dialog und Zusammenarbeit (ZID) der Stiftung. Zuvor war der 57-Jährige bei InWEnt tätig. Er ist seit 2007 Mitglied der LINKEN, ein Jahr zuvor kandidierte er für die WASG bei den baden-württembergischen Landtagswahlen. Bis 1999 gehörte er für die Grünen dem Europaparlament an.

Was reizt dich an der internationalen Arbeit der Stiftung?

Telkämper: Die politische Bildungsarbeit. Ich sehe unsere Funktion darin, Dialoge zu organisieren, Wechselwirkungen internationaler Zusammenarbeit zu ermöglichen und Wege für ein weltweites Leben in Würde, Frieden und Freiheit zu finden. Die Arbeit beginnt mit der Unterstützung der Programmdiskussion der LINKEN, führt über internationale Solidarität bis zur gemeinsamen Nutzung der Netzwerke, die wir von links und von unten mitentwickeln.

Welche Erfahrungen hast du in der internationalistischen Arbeit?

Telkämper: Schon als 14-Jähriger habe ich im Jahr 1967 in einem kirchlichen entwicklungspolitischen Arbeitskreis gegen den Vietnamkrieg und Hunger in vielen Ländern mitgearbeitet. Später sammelte ich Erfahrungen in der beruflichen Bildung in Malaysia und bei der Alphabetisierung in Mexiko. Zehn Jahre im Informationszentrum 3. Welt (iz3w) in Freiburg brachten mir zudem theoretische Kenntnisse und Erfahrungen in einer Nichtregierungsorganisation. Wir haben Kampagnen zu und für Chile, Nicaragua, Kuba, Palästina, dem südlichen Afrika, der Polisario auf die Beine gestellt.

Hast du dich auch im Europaparlament für Entwicklungspolitik engagiert?

Telkämper: Ja. Ich war über zehn Jahre im Entwicklungsausschuss und nutzte die Möglichkeiten über den Ausschuss oder über meine Funktionen als Co-Fraktionsvorsitzender, Vizepräsident des EP sowie Vizepräsident der Paritätischen Versammlung EU-AKP. Als Abgeordneter besuchte ich den philippinischen Sprecher der Land-

arbeiterbewegung Jaime Tadeo im Gefängnis sowie Surachai Sae Dan, einen zum Tode verurteilten KPl'er in Thailand. In Angola beteiligte ich mich an der Anti-Personenminenkampagne von Medico International. Auch die Intifada in Ramallah und den Friedensprozess in der Westsahara habe ich politisch begleitet.

Welche Arbeitsschwerpunkte wirst du setzen?

Telkämper: Ich will erst einmal das Haus, die KollegInnen und Projekte kennen lernen. Die Schwerpunktsetzung wird im Dialog in der Zentrale sowie zwischen der Zentrale und den MitarbeiterInnen vor Ort erfolgen. Vier Eckpunkte sollten nach meiner jetzigen Vorstellung sein: Basisbildungsarbeit, soziale Sicherheit angesichts knapper Rohstoffe, Friedenssicherung und Demokratieentwicklung – selbstredend verbunden mit einer kritischen Auseinandersetzung mit der Rolle Deutschlands und vor allem der EU-Politik.

Was bedeutet das Direktorenamt für deine private Zukunft?

Telkämper: Eine große Herausforderung im Bewusstsein, viel Lebenszeit für personalpolitische und finanzielle Verantwortung zu investieren, sowie Freude bei der spannenden Weiterentwicklung am politischen Projekt der Stiftung mit allen Beteiligten. Als erstes aber, diesen Monat eine Wohnung in Berlin zu finden.

**DIE FRAGEN STELLTE
KARIN GABBERT**



Wilfried Telkämper

KIRSTEN FRANGENBERG-GLANER

AUFBRUCH IN DEN ANDEN

ECUADOR, VENEZUELA UND BOLIVIEN IM FOKUS EINER KONFERENZ IN QUITO

Seit wenigen Wochen hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Auslandsbüro in Quito/Ecuador. Anfang Juni schloss sich an die Eröffnung ein zweitägiges Seminar zum Thema «Demokratie, Partizipation und Sozialismus» an.

VertreterInnen von Regierungen und Basisorganisationen sowie linke Intellektuelle analysierten die politische Situation in den andinen Ländern Ecuador, Venezuela und Bolivien. Beim Vortrag der ecuadorianischen Ministerin Alejandra Ocles wurde die Ungeduld unter den rund 300 KonferenzteilnehmerInnen deutlich, die eine zügige Fortsetzung des begonnenen Prozesses unter stärkerer Einbeziehung der indigenen und sozialen Bewegungen befürworteten. Der venezolanische Abgeordnete Julio Chavez erklärte, dass die Staatsführung lieber mit dem Volk falsche Entscheidungen treffe als richtige ohne Volksbeteiligung. Für Bolivien charakterisiert laut dem Vizeminister für strategische Planung, Raúl Prada, das Konzept der «Entkolonialisierung» die gegenwärtige Entwicklung. Der Staat und seine Strukturen müssten durch das Volk und insbesondere die indigenen Bewegungen neu gestaltet werden.

Konsens herrschte darüber, dass die lateinamerikanischen Aufbrüche die Utopien des Sozialismus des 20. Jahrhunderts aufnehmen. Dabei sollten die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt werden. Jörn Schütrumpfs Vortrag über Rosa Luxemburg, das Referat von Klaus Meschkat – Professor aus Hannover – über die russisch-stalinistische Einflussnahme auf den lateinamerikanischen Sozialis-

mus zu Beginn des 20. Jahrhunderts und Monika Runges Bericht über das Leben in der DDR nahmen darauf Bezug.

Aurelio Alonso von der Zeitschrift «Casa» stellte fest, dass sich Kuba derzeit in einer Übergangssituation befinde. Die alten Grundlagen des sowjetischen Sozialismus verlören ihre Gültigkeit. Weitere renommierte Redner waren der ehemalige Verfassungsrichter Carlos Gaviria aus Kolumbien und Boaventura de Souza Santos von der Universität Coimbra/Portugal. Er verteidigte die Notwendigkeit von «vielen Demokratien in einer Demokratie». Als Beispiel nannte er das Nebeneinander von repräsentativer Demokratie auf Staatsebene und partizipativer Demokratie auf Kommunalebene in Bolivien. Der Weg zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts sei skizziert: Partizipation bei der Gestaltung neuer Verfassungen und als Mitbestimmung indigener und sozialer Bewegungen – als Plurinationalität.

Der Eröffnung des Büros in Quito war ein Registrierungsprozess der «Fundación Rosa Luxemburg» in Rekordzeit und ein ebenso zügiger Aufbau der Infrastruktur vorausgegangen. Am 1. Juni feierte das Team um Büroleiterin Miriam Lang gemeinsam mit 180 Gästen den Einzug – begleitet von indigenen Einweihungsritualen und Tanz. Mehr Informationen zur Arbeit in den Andenländern finden sich online unter www.rosalux.de/themen/internationale-politik.html sowie auf Spanisch unter www.rosalux.org.ec.

KIRSTEN FRANGENBERG-GLANER IST PROJEKTKOORDINATORIN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG FÜR DIE ANDENLÄNDER

SVENJA SCHRADER

KAMPF GEGEN KORRUPTION

KRISEN-KONGRESS IN DAKAR BELEUCHTETE DIE LAGE IN LÄNDERN AFRIKAS

Mitte Mai haben sich mehr als 100 AktivistInnen, WissenschaftlerInnen, PolitikerInnen und GewerkschafterInnen bei einer Konferenz in Dakar/Senegal über die Krisendimensionen und politische Alternativen ausgetauscht. Im Anschluss an das Symposium wurde das Auslandsbüro Westafrika offiziell eröffnet.

Die KonferenzteilnehmerInnen kamen aus mehr als 15 Ländern Afrikas sowie aus Frankreich, Deutschland und den Niederlanden. Bei dem Kongress, der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit der Parti de l'Indépendance et du Travail du Sénégal, der Fondation Gabriel Péri und weiteren Partnern organisiert wurde, ging es um Veränderungen in den internationalen Beziehungen und in der Geopolitik, etwa um den wachsenden Einfluss Chinas in Ländern Afrikas oder die Inkohärenz der EU-Politik gegenüber Afrika. Zudem wurde der Einfluss internationaler Organisationen wie des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Krisenzeiten diskutiert.

Im Vordergrund standen jedoch soziale Kämpfe innerhalb mehrerer Länder Afrikas. TeilnehmerInnen aus Mali, Senegal, Madagaskar und Burkina Faso schilderten die Aktionen von KleinbäuerInnen für Nahrungssouveränität und alternative Agrarpolitik. Die malische

Nichtregierungsorganisation Iripad berichtete von ihren Projekten zur Förderung lokaler Produkte und Märkte sowie kollektiver und partizipativer Entwicklung agrarökologischer Techniken. In einem weiteren Panel wurde der zivilgesellschaftliche Widerstand gegen Korruption im Niger, Senegal und in Nigeria thematisiert.

Ken Henshaw von Social Action berichtete von den Aktivitäten aus dem Niger-Delta. Der Öllexport fülle die Staatskassen, das Geld erreiche hauptsächlich die korrupten Staatseleiten. Gleichzeitig nehme der Staat jedoch von IWF und Weltbank weitere Kredite auf, die wiederum strukturelle Anpassungen und Einsparungen in sozialen Bereichen zur Folge hätten.

Freda Stephanie Frimpong vom Trade Union Congress Ghana berichtete von der Herausforderung, mehr Menschen für ArbeiterInnenkämpfe zu mobilisieren. Auch der informelle Sektor, der einen immer größeren Teil der Ökonomie ausmache, müsse in die Gewerkschaftsarbeit eingebunden werden. Mehr zur Büroeröffnung und zur Konferenz findet sich online unter www.rosalux.de/themen/internationale-politik.html.

SVENJA SCHRADER ABSOLVIERT EIN PRAKTIKUM IM AUSLANDSBÜRO WESTAFRIKA DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN DAKAR

KNUT-SÖREN STEINKOPF/PETER WAGENKNECHT

NETZ FÜR JUNGE IDEEN

STIFTUNG ARBEITETE BISLANG MIT 176 JUGENDBILDUNGSPARTNERN ZUSAMMEN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung erreicht die Zielgruppe Jugend über ein Netz von Bildungsträgern, die auch untereinander kooperieren. Im November steht auf der Tagung des Stiftungsverbundes zur Entscheidung, ob sie zusätzlich eine eigene Jugendbildung der Landesstiftungen fördert. Dies sollte im Rahmen des Jugendbildungsnetzwerks erfolgen.

Schon die Idee war ungewöhnlich. Andere Stiftungen schreiben Projekte aus, wählen unter BewerberInnen aus oder schaffen sich einen Veranstalter-Pool, an den sie Aufträge vergeben. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung dagegen beteiligte vor rund acht Jahren Bildungsträger an der Auswahl zu fördernder Projekte. Anfangs funktionierte das nicht – einerseits aus Konkurrenzgründen, andererseits da sich die Beteiligten kaum kannten. Dennoch reservierte die Stiftung einvernehmlich einen Teil der Mittel für die künftige Vernetzung linker Bildungsinitiativen und -träger.

Ein halbes Jahr später fand eine erste gemeinsame Tagung statt, die ein enormes Bedürfnis nach Austausch, Kooperation und Entwicklung gemeinsamer Handlungsfähigkeit offenbarte. Alle Beteiligten waren von dessen Stärke überrascht, ebenso wie von der Vielfalt der Projekte, die ans Netzwerk andockten. Ihre Spanne reichte von Politgruppen, die die eigene Qualifizierung organisieren, über Jugendverbände und -vereine bis zu kleinen und mittleren Trägern, deren MitarbeiterInnen mit Bildung ihren Lebensunterhalt verdienen. Im Jahr 2004 ging die Förderung in die Regie des Netzwerks über. Seitdem waren 176 Partnerinnen und Partner an den Angeboten beteiligt, davon 45 aus den alten Bundesländern.

Die Heterogenität der Träger ermöglicht lebhaftere Diskussionen über kritischen Gehalt und Arbeitsformen linker Bildung, bisher ohne Spaltungstendenzen oder politische Dominanzen. Zahlreiche gemeinsame Projekte sind so als offene Arbeitsgruppen im Netzwerk oder in direkter Kooperation entstanden. Das Ineinander von politischer und theoretischer Auseinandersetzung und gemeinsamer praktischer Arbeit hat die Debatten qualifiziert und die sozialen Beziehungen so intensiviert, dass sie auch Meinungsverschiedenheiten aushalten. Die Stiftung steht zu dem Umfeld in produktivem Austausch, ohne dass das Netzwerk ein Organ der Stiftung im engeren Sinn ist, sondern eine bilaterale Schnittstelle. So setzt und fördert die Stiftung Schwerpunkte und hat in der politischen Jugendbildung einen Einfluss gewonnen, der wegen der Vernetzung der Träger untereinander viel stärker ist als bei eindimensionaler Förderung. Zugleich nimmt sie Diskurse, Kontakte und Projektideen auf, die sie verarbeitet und nutzen kann. Effizient ist die Sache auch: im Jahr 2009 wurden für 192 Einzelaktivitäten 87.000 Euro ausgegeben – von einem so reichhaltigen und sparsamen Jugendprogramm können andere Stiftungen nur träumen.

Das außergewöhnliche Gründungsverfahren war geringen Finanzmitteln und schwacher Verankerung der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Jugendbildung geschuldet – aber auch der Überlegung, dass eine Struktur nur tragfähig wird, wenn die Beteiligten Verantwortung übernehmen. Heute gibt es ein eigenes Gremium, das Ausschreibungen formuliert, über Förderanträge entscheidet und Entscheidungskriterien transparent macht. Der «Vergabeausschuss»

setzt sich paritätisch aus Vertreterinnen und Vertretern aus dem Netzwerk und den Landesstiftungen zusammen. Der Ausschuss entscheidet zentral nach politischen und Qualitätsstandards, vor Ort setzen dann Bildungsträger und Landesstiftungen die Projekte gemeinsam um.

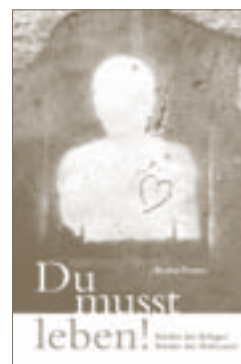
Dieses Verfahren hat sich bewährt. Dafür sprechen neben den vielen erfolgreichen Projekten auch die gewachsenen Arbeitsbeziehungen: die beteiligten Landesstiftungen sind heute mit Initiativen und Trägern eng vernetzt, viele haben sogar Netzwerker im Vorstand und unter ihren MitarbeiterInnen. Mehrere Landesstiftungen bringen ins Netzwerk finanzielle Mittel ein. Dem Aufbau einer eigenen Jugendbildung muss das nicht entgegen stehen: so erarbeitete bei der Hellen Panke im Jahr 2006 eine Gruppe junger Mitglieder – angeregt von Auseinandersetzungen im Netzwerk – ein eigenes Jugendbildungskonzept, zwei Jahre später gab es dafür eine halbe Stelle. Vergangenes Jahr erreichten 17 Einzelveranstaltungen und ein Kapital-Lesekurs insgesamt 290 Teilnehmende. Drei der Veranstaltungen setzte die Helle Panke in Kooperation mit dem Netzwerk-Träger reflect! um, die übrigen allein. Heute ist die Panke mit politischen Initiativen von Jugendlichen vernetzt und wird auch für deren Veranstaltungen angefragt. Der Aufbau einer guten Jugendbildung bei den Landesstiftungen bedarf einer aktiven – und auch einer finanziellen – Beteiligung am bestehenden Jugendbildungsnetzwerk.

KNUT-SÖREN STEINKOPF IST AKTIV IM DEMOKRATISCHEN JUGENDFORUM BRANDENBURG. PETER WAGENKNECHT IST JUGENDBILDUNGSREFERENT BEI DER «HELLEN PANKE» – ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG BERLIN

Seit 2004 liegt die Förderregie beim Jugendbildungsnetzwerk



NEUERSCHEINUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

**TEXTE 66**

Marcus Hawel, Moritz Blanke (Hrsg.)

DER NAHOSTKONFLIKT

190 S., BROSCHUR, 14,90 EURO, ISBN 978-3-320-02224-2,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Das Schicksal des Nahen Ostens ist untrennbar mit der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere mit der deutschen Geschichte, verwoben. Das macht den Zugang gerade aus deutscher Perspektive nicht einfach. Viele Fallstricke, in denen sich nicht wenige Beobachter verfangen, sind das Ergebnis einseitiger Argumentationen, die notwendig zu einseitigen Sichten auf diesen Komplex an Konflikten führen. Die eindimensionalen Argumentationen im deutschen Nahostdiskurs verraten nicht selten, dass es mehr um «deutsche Befindlichkeiten» als um die wirklichen Probleme vor Ort geht. Gerade ein solches Herangehen ist jedoch geeignet, eine Lösung des Nahostkonflikts zu erschweren. In der linken Öffentlichkeit in Deutschland führen diese Befindlichkeitsdiskurse gar zu unsinnstiftender Verwirrung, zu heillosem Konflikt, sogar zu offener Feindschaft – etwa zwischen traditionellen Antiimperialisten und sogenannten Antideutschen, die sich wechselseitig Antisemitismus, Philosemitismus oder Rassismus vorwerfen. Sachlichkeit tut not. In diesem Buch wird die Frage diskutiert, wie Linke in Deutschland einen sinnvollen Zugang zur Reflexion des Nahostkonflikts finden können.

**LUXEMBURG – GESELLSCHAFTSANALYSE
UND LINKE PRAXIS**

Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

HEFT 2/2010: «ALLES WIRD GUT»

JUNI 2010, 160 S., 10 EURO (JAHRES-ABO 30, ERMÄSSIGT 20 EURO)
ISBN 978-3-89965-853-8, VSA VERLAG HAMBURG

«Alles soll gut sein und gut werden: gutes Leben, gute Gesellschaft, guter Kapitalismus, gute Regierung, gute Arbeit, gute Bildung, etc. Die Rede vom Guten – [...] verspricht sie nicht die heile Welt allein aufgrund ethischer Überzeugung? Zwar befindet sich die Weltwirtschaft in der größten Krise seit 1929, aber es wird von unserer «guten Regierung», von der Politik und von der Wirtschaft signalisiert, dass sie im Prinzip alles im Griff haben, dass alles gut ist oder doch gut werde: Gegenwärtig geht es noch schlecht, aber es wird schon, keine Sorge, das Schlimmste ist überwunden. Wir kümmern

uns darum. Ja, die Arbeitslosigkeit, ja, die Staatsschulden, ja, die Boni der Banker – doch, wir bekommen das in den Griff.»

Die neue Ausgabe der Luxemburg nimmt die Hochkonjunktur des Begriffs im politischen Feld in Zeiten der Krise zum Anlass, die (sehr) verschiedenen mit ihm operierenden Konzepte von gutem Kapitalismus bis buen vivir auf den Prüfstand zu stellen. Was verbirgt sich hinter deren Verheißungen? Welche Strategien, welche Widersprüche? Wie weit reicht ihr utopischer Horizont, wie weit ihre emanzipative Perspektive? ■■■ Mit Beiträgen von: Alex Demirović, Hansjörg Herr, Birgit Stahl, Klaus Priegnitz, Sabine Nuss, Ana Maria Larrea, Rainer Land, Michael Brie, Wolfgang Fritz Haug, Beat Ringger, Eva Illouz, Falk Richter u.a.

AUS DEM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Jörn Schütrumpf

FREIHEITEN OHNE FREIHEIT

DIE DDR – HISTORISCHE TIEFENDIMENSIONEN

144 S., BROSCHUR, 12,90 EURO, ISBN 978-3-320-02177-1,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

«Nach dreißig Jahren, immer wieder unterbrochener, Forschungen zur DDR scheint es mir an der Zeit, mit dem Thema endlich abzuschließen – ohne mich allerdings um eine Bilanz zu drücken. Je unabhängiger ich mich mit dieser Gesellschaft beschäftigte – und das setzte lange vor 1989 ein –, desto klarer wurde mir, wie tief sie in der europäischen Geschichte wurzelte. Aus sich heraus lässt sich an der DDR fast gar nichts erklären. Der preußische Obrigkeitsstaat, dessen Faszination die Machthabenden sich in der Spätphase der DDR auch in aller Öffentlichkeit hingaben, sowie die Verwüstungen, die im 20. Jahrhundert Seelen, Siedlungsräumen und der Umwelt angetan wurden – der Täter waren da viele –, bilden die eine Determinante, ohne deren Kenntnis der Analytiker, auch und gerade wenn er «alles» über die DDR zu wissen glaubt, wohl zwar jedes Detail zu erklären vermag; verstehen wird er aber nichts. Die andere Determinante konstituierte das erzwungene Ausscheiden der emanzipatorischen Linken aus der Sozialdemokratie während des Ersten Weltkrieges, der das lange Zeit friedliche 19. Jahrhundert mit einem unheilbaren Zivilisationsbruch beendet hatte. Nach der Befreiung Europas vom Nationalsozialismus gerann die Konstellation von 1918/19 in der deutschen Zweistaatlichkeit – mit allen Folgen. Die Fairneß erzwingt die folgenden Anmerkungen: Ich bin nicht gewillt, der üblichen Phraseologie Konkurrenz

zu machen; weder der, die im Akademischen produziert wurde – vom sorgsam gepflegten «Unrechtsstaat» bis zur unvergeßlichen «Zwangstopfung» –, noch der jener, denen die wohlige Erinnerung an einstige Machtfülle zum zentralen Lebensmotiv geworden ist und deren Trauer bestenfalls für den erlittenen Machtverlust langt – nicht zuletzt, um der Trauer um sich selbst zu entgehen. Und: Hier wird kein weiterer Abriß der Geschichte der DDR zwischen 1945/1949 und 1989/90 geboten – der Buchmarkt hält unterdessen genügend Darstellungen dieser Art bereit.» Jörn Schütrumpf

Karlen Vesper-Gräske

«DU MUSST LEBEN!»

KINDER DES KRIEGES – KINDER DES HOLOCAUST
208 S., BROSCHUR, 41 ABB., 16,90 EURO, ISBN 978-3-320-02218-1,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

In den Opferdebatten werden die Kinder der Widerstandskämpfer gegen die Nazidiktatur oft ausgeblendet; viele rassistisch Verfolgte sehen sich durch Traumata bis heute in eine stumme Einsamkeit hineingezwungen. Wie erlebten Kinder Krieg, Holocaust, Emigration? Wie bestimmte das Schicksal der Eltern ihren Lebensweg? Das fragt sich Karlen Vesper, selbst Enkelin eines Widerstandskämpfers. Inhalt: Gesprächskultur – Ingrid Zwerenz. Die Liebenden von Auschwitz – Maria und Adam König. «Ich war stets stolz auf sie» – Anita Prestes. Lilos Sohn – Walter Herrmann. Die Tochter der Pasionaria – Amaya Ruiz Ibárruri. Ihr Koffer ist wieder in Berlin – Inge Lammel. Der Erbe des Moses Mendelssohn – Julius H. Schoeps. «Ich war wieder zu Hause» – Wolfgang Leonhard. Freudetrunken in die Freiheit – Georgia Peet. Die Kinder von Iwanowo – Sonja Moldt und Fritz Straube. Die Tochter des «roten Doktors» – Susanne Riveles. Erinnern kann grausam sein – Hans Coppi. Das Wunderkind aus Vilnius – Samuel Bak. Das Gebot der Illoyalität – Franz von Hammerstein. «Vater war von einer anderen Welt» – Clara Lowy. «Ich habe noch immer Angst ...» – Thomas Tovi Blatt. ... was die Opfer nicht tröstet – Ralph Giordano. «Ich wollte leben» – Werner Krisch.

Thomas Flierl, Elfriede Müller (Hrsg.)

OSTEUROPA – SCHLACHTFELD DER ERINNERUNGEN
191 S., BROSCHUR, 8 ABB., 16,90 EURO, ISBN 978-3-320-02219-8,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Die Erinnerungsobsessionen, die in den osteuropäischen Transformationsstaaten zu Anfang der neunziger Jahre ausbrachen, führten zu einer Renationalisierung und Ethnisierung der Erinnerungspolitik. Sie sind ein Resultat der Wiederkehr des lange Verdrängten und ein Symptom für fehlende Zukunft. Für die europäische Integration stellen diese Tendenzen eine dramatische Herausforderung dar – steht doch damit das Projekt eines transnationalen, europäischen oder gar universellen Geschichtsbewusstseins grundsätzlich in Frage. Nach ihrem Buch «Vom kritischen Gebrauch der Erinnerung» (diets berlin 2009), in dem Grundfragen historischer Erinnerung und Geschichtspolitik aus westeuropäischer Perspektive erörtert wurden, geht es den Herausgebern nun um die zentralen Konfliktlinien des osteuropäischen Erinnerungsdiskurses. 14 osteuropäische und deutsche Autorinnen und Autoren versuchen, gemeinsame Erinnerungsräume in den Leerstellen zwischen den neuen Vergangen-

heitsdogmen zu erkennen und einen Standpunkt zwischen den Fronten zu behaupten.

BEGLEITREIHE ZUM «KAPITAL» VON KARL MARX

KARL MARX: DAS KAPITAL 1.1

Die Zusammenfassung des Ersten Bandes des «Kapitals», verfasst vom Autor
176 S., POCKETBUCH, 9,90 EURO, ISBN 9078-3-320-02169-6

KARL MARX: DAS KAPITAL 1.2

Die sogenannte ursprüngliche Akkumulation, 24. Kapitel des Ersten Bandes des «Kapitals»
128 S., POCKETBUCH, 9,90 EURO, ISBN 978-3-320-02209-9

KARL MARX: DAS KAPITAL 1.3

Briefe über das Kapital
192 S., POCKETBUCH, 9,90 EURO, ISBN 978-3-320-02225-9

Seit Ausbruch der momentanen Finanz- und Wirtschaftskrise wird «Das Kapital» von Karl Marx wieder verstärkt nachgefragt, vor allem von angehenden Akademikern. Da der Stoff anspruchsvoll ist, entschloß sich der Verlag 2008, eine Begleitreihe aufzulegen, mit der die Schwelle für Leser, für die diese Denkwelt zwar attraktiv, aber nichtsdestoweniger fremd ist, abgesenkt wird – mit erstaunlichem Erfolg. Nach dem von Marx nicht publizierten, den ersten Band zusammenfassenden 6. Kapitel («Das Kapital 1.1») erschien gesondert das 24. Kapitel über die ursprüngliche Akkumulation («Das Kapital 1.2»). Dort, plaziert am Ende des ersten Bandes, erzählt Marx die Kriminalgeschichte der Entstehung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse – intellektuell wie literarisch ein Genuss, um den aber viele Leser kommen, weil sie bei der Lektüre des Ersten Bandes des «Kapitals» schon weit vorher kapitulieren. «Das Kapital 1.3» bietet eine signifikante Auswahl der Briefe von Marx über das Kapital, wodurch ein weiterer Zugang zu seinem Hauptwerk geboten wird. Und mit «Das Kapital 1.4», das die einführenden Texte von Friedrich Engels bietet, mit denen der kongeniale Partner von Marx erheblich zur Popularisierung des Werkes beitrug, wird ein vorläufiger Schlusspunkt gesetzt. Alle drei Bände sind mit einem Vorwort des Herausgebers Rolf Hecker versehen.

Außerdem erhältlich:

MARX-ENGELS-WERKE

CD mit Sachregister, Verzeichnis Erster Band
und Verzeichnis Zweiter Band
14,90 EURO, ISBN 978-3-320-02204-4

IMPRESSUM

ROSALUX — Das Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Erscheint vierteljährlich. Herausgeberin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. · Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin · Telefon 030 44310-130, Fax -122 heine@rosalux.de · www.rosalux.de · Redaktion: Harry Adler, Moritz Blanke, Lutz Brangsch, Erwin Heil, Henning Heine (V.i.S.d.P.), Ramona Hering, Axel Krumrey, Ann-Katrin Leubhn, Peter Ostholt, Marion Schütrumpf, Verona Wunderlich · Redaktionsschluss: 9.7.2010 · Titelfoto: iStockphoto [M] Nicht gekennzeichnete Fotos: RLS · Layout: umbra-dor – visuelle kommunikation · Satz und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation · Auflage: 5.000 Stück auf 100 g Soporset, hergestellt aus 100 % chlorfrei gebleichtem Zellstoff · Bestellungen: Karin Malingriaux, Telefon 030 44310-123, Fax -122 · malingriaux@rosalux.de · Printed in Germany, Juli 2010 · ISSN 1864-6794

«Ein Systemhopping gibt es nicht. Es braucht transformatorische Schritte einer revolutionären Realpolitik. Ein Einstiegsprojekt wäre die sozialökologische Konversion der Automobilbranche: Kapitalhilfen wären an Konzepte alternativer Entwicklungswege und die Beteiligung am Eigentum bis hin zur Vergesellschaftung zu knüpfen. Dies wäre mit erweiterter Partizipation zu verbinden, etwa in regionalen Räten. Sie entscheiden über Schritte zu einem ökologisch orientierten Dienstleister für öffentliche Mobilität.»

MARIO CANDEIAS